Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Mittwoch, 11. Mai 1921

Nummer 215 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 90 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ultimatum angenommen

Die neue Koalition — Das Ultimatum mit 221 gegen 175 Stimmen angenommen — Eine Erklärung der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die unfertige Reichsregierung

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach dessen Vorschlag folgende Reichsminister ernannt:

Reichsschatzministerium und Vizekanzler Bauer,
Inneres Dr. Gradnauer,
Wirtschaft Robert Schmidt,
Justiz Dr. Schiffer,
Heer Dr. Geßler,
Post Giesberts,
Verkehr Groener,
Arbeit Dr. Brauns,
Ernährung Dr. Hermes,
Aeußeres: mit einstweiliger Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt Dr. Wirth,
Finanzen und Wiederaufbau noch unbesetzt.

Die Situation, wie sie vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages bestand, hat sich doch noch einmal wiederholt! Unter sehr erschwerenden Umständen, denn diesmal wußte man lange genug vorher, wie sich die Lage gestalten werde und hatte wahrhaftig lange genug Zeit zu den notwendigen Entschlüssen. Es stand außerdem fest, daß eine Regierung der Ablehnung in diesem Reichstag keine Mehrheit finden würde, daß das Zentrum und die sozialistischen Parteien geschlossen für die Annahme, die anderen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, gespalten waren.

Und trotzdem — Tag auf Tag verstrich, ohne daß die bürgerlichen Parteien, auf die es zunächst ankam, — Deutsche Volkspartei und Demokraten —, irgendeinen Entschluß zu fassen sich getrauten. Die Angst vor dem von ihnen großgezüchteten Nationalismus, vor der von ihr getäuschten und irregeführten öffentlichen Meinung hielt sie in feiger Entschlußunfähigkeit fest.

Der heutige Tag brachte die Entschlüsse und drückte damit nur ein Siegel unter das bisherige schmachvolle Verhalten der beiden Parteien. Es war der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Stresemann, der eifrig auf die Demission der Regierung Fehrenbach—Simons gedrängt hatte, weil diese Regierung das Ultimatum nicht annehmen wollte. Dr. Stresemann hatte eingesehen, daß die Annahme eine Notwendigkeit war. Nach Tagen und Tagen des Schwankens ließ ihn seine Partei aus Angst vor der deutschnationalen Wahlagitation im Stich, nachdem gerade sie verkündet hatte, daß die bürgerlichen Parteien die neue Regierung bilden und die internationale Krise beenden müßten.

Lächerlich und erbärmlich haben sich auch die Demokraten benommen. Fürchtete sich die Deutsche Volkspartei vor der nationalistischen Schmutzkonkurrenz der Deutschnationalen, so die Demokraten vor der Deutschen Volkspartei; da sie andererseits aber auch die Verantwortung für die Ablehnung des Ultimatums scheuten, versuchten sie sich noch seitwärts in die Büsche zu schlagen und der neu zu bildenden Regierung ihre wohlwollende Neutralität zu versichern.

Nach diesem schmählichen Verhalten der beiden Regierungsparteien war die Möglichkeit einer bürgerlichen Regierung kaum mehr gegeben. Der Versuch wurde unternommen, mit den Rechtssozialisten und dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Das Zentrum machte zunächst noch Schwierigkeiten, mit der Sozialdemokratie allein ohne eine zweite bürgerliche Partei die Regierung zu übernehmen, schließlich überwog bei den Demokraten doch die Sehnsucht nach den Ministersesseln, und sie nahmen an der Kabinettsbildung teil.

Damit waren in später Nachmittagsstunde die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung überwunden, und in aller Eile wurden die fehlenden Minister zusammengesucht. Von halber zu halber Stunde wurde die Eröffnung des Reichstages, die um 4 Uhr stattfinden sollte, hinausgeschoben. Erst kurz vor 9 Uhr war die Regierung und die Regierungserklärung soweit fertig, daß die Sitzung eröffnet werden konnte. Aber auch dann fehlten noch der Außen- und der Finanzminister. Als Kandidaten für diese Posten werden Staatssekretär Bergmann für das Aeußere, und der Rechtssozialist Keil für die Finanzen genannt.

Reichspräsident Löbe eröffnet mit einigen geschäftlichen Mitteilungen die Sitzung. Saal und Galerien sind überfüllt. Dann ergreift der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Sie ist glatt und ohne überflüssigen Phrasen, schildert nüchtern den furchtbaren Zwang, unter dem Deutschland steht, und fordert den Reichstag auf, die Regierung zur Annahme des Ultimatums zu ermächtigen, um noch Schlimmeres zu verhüten.

Die Redner der Rechtssozialisten und des Zentrums geben kurze Erklärungen ab, die den Standpunkt der Regierung billigen und ihr das Vertrauen aussprechen. Dann folgt eine deutschnationale, demagogische Rede des früheren wilhelminischen Innenministers von Preußen, des Herrn Dr. Hergt. Der Mann war während des Krieges einer der Haupteinpeitscher für seine Fortführung und wurde berühmt durch seine Prophezeihung: „Der U-Boot-Krieg würde jeden Truppentransport verhindern, und fliegen könnten die Amerikaner nicht!" Die Rede fand häufig stürmischen Widerspruch der Linken.

Unsere Forderungen an die Regierung

Dann gab Genosse Ledebour zunächst die Erklärung unserer Fraktion ab, die in knappen Worten die Gründe anführt, weshalb unsere Fraktion im Interesse der Arbeiterklasse die Annahme des Ultimatums empfiehlt. Dann aber folgte eine scharfe und außerordentlich wirksame Abrechnung mit dem deutschnationalen Redner und der deutschnationalen Politik. Jeder Satz war ein Hieb, der saß, und Ledebour hatte den Beifall der ganzen linken Seite des Hauses für sich, als er den Deutschnationalen zurief, daß, wenn eine Partei, so die Ihrige, sich in dieser Stunde sagen müßte: „Herr, sei uns Sündern gnädig!" Den Schluß der Rede, die bei unserer Fraktion stürmischen Beifall fand, bildete die eindrucksvoll begründete Forderung an die neue Regierung, das Wort von der deutschen Freiheit, daß sie in ihrer Erklärung gebracht hatte, doch dadurch wahr zu machen, daß sie sofort eine Amnestie für politische Vergehen erlasse, die Sondergerichte aufhebe und den Ausnahmezustand beseitige.

Für die Demokraten spricht der Abg. Haas, der den Standpunkt der beiden Richtungen in seiner Fraktion darlegt. Er erklärt, daß auch die Gegner der Unterzeichnung des Ultimatums unter seinen Fraktionskollegen der Meinung seien, daß nach Unterzeichnung eine neue Situation geschaffen sei, die sie nötige, die Regierung zu unterstützen.

Vor fast leerem Hause beginnt dann Koenen eine längere Rede, in der er zu begründen sucht, weshalb seine Fraktion gegen die Unterzeichnung des Ultimatums stimmen wird.

Erklärung der U S P.-Fraktion

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist nach eingehender Prüfung der Gesamtlage zu dem Ergebnis gekommen, daß die Reichsregierung die Bedingungen des Ultimatums vom 5. Mai unter dem Zwange der angedrohten Gewaltmaßregeln annehmen muß.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat stets den Versailler Vertrag, auf den sich das Ultimatum stützt, als einen Gewaltfrieden des siegreichen Imperialismus beurteilt. Nicht minder verurteilen wir auch die wirtschaftlichen Forderungen des Ultimatums als schwere Schädigung sowohl für die deutsche Arbeiterschaft, wie für die aller anderen Länder.

Die Ablehnung der Forderungen würde jedoch dem deutschen Volke, besonders aber der deutschen Arbeiterschaft, Unheil und Verderben bringen.

Nach Drohungen der Entente würde die Ablehnung des Ultimatums die sofortige Besetzung des Ruhrgebietes zur Folge haben. Weit über die Nachteile hinaus, die der Bevölkerung der neu besetzten Gebiete daraus erwachsen würden, müßte dem übrigen Deutschland die Absperrung von der Ruhrkohle und anderen Montanprodukten schweren Schaden verursachen. Die Aushungerung der deutschen industriellen Produktion, die Brachlegung von Industriewerten und Verkehreinrichtungen aller Art würden eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht gekannter Ausdehnung herbeiführen und das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerrütten.

Diese katastrophalen Erscheinungen würden noch erheblich verstärkt werden durch die Ablehnung der Forderungen, die die Entente wegen der Entwaffnung und der Aburteilung der Kriegsverbrecher stellt. Sie könnte das als einen Beweis der Böswilligkeit Deutschlands auslegen und aus dieser Stimmung heraus die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens entgegen den Abstimmungsergebnissen zuungunsten Deutschlands fällen. Damit würde dann auch der oberschlesische Kohlenbezirk Deutschland verloren gehen.

Gerade in diesem Augenblick, da der polnische Imperialismus sich Oberschlesien gewaltsam anzueignen sucht, muß alles vermieden werden, was bei den Ententemächten eine Parteiergreifung zugunsten der Polen herbeiführen könnte. Es liegt jedoch im dringendsten Interesse der deutschen wie der polnischen Arbeiter, daß eine friedliche Verständigung zwischen Polen und Deutschland durch die Einwirkungen des internationalen Proletariats herbeigeführt wird.

Die exorbitanten Entschädigungssummen, die in dem Ultimatum gefordert werden, sind auf ihre wirtschaftlichen Wirkungen hin nicht genügend überprüft worden. Aber das ernstliche Bemühen, mit ihrer Durchführung zu beginnen, schafft Deutschland wenigstens eine Atempause. Die Praxis wird sehr bald den Beweis erbringen, daß die erzwungenen Lieferungen nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes untergraben, sondern auch das Wirtschaftsleben der Ententestaaten und der Neutralen zerrütten müssen.

Denn die geforderten Zahlungen, anfangs schon über 3 Milliarden Goldmark im Jahre, kommen tatsächlich hinaus auf die Lieferung von Industrieprodukten aller Art in diesem Wertbetrage, ohne daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, sich für diese ausgeführten Waren durch Wareneinfuhr aus den belieferten Ländern einen Ersatz zu beschaffen. Das bedingt aber die Herabsetzung der Ausfuhrmöglichkeit und damit der Eigenproduktion in den Ententeländern selbst. Einen Vorgeschmack davon haben sie schon bekommen in den verheerenden Wirkungen, die die erzwungene Kohlenlieferung an Frankreich in England auf die dortige Kohlenproduktion ausgeübt haben.

Diese unvermeidlichen Folgen der verderbenschwangeren Ententepolitik werden sehr bald in den Ententeländern, und zwar zunächst bei der Arbeiterschaft, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Umgestaltung des Friedensvertrages und der aus ihm entstandenen Reparationsforderungen auslösen. Wir vertrauen darauf, daß die internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen durch ihre Kämpfe gegen Militarismus und Imperialismus auch in den Ententeländern die herrschenden Klassen zu einer Aenderung ihrer Gewaltpolitik nötigen werden.

Deshalb ist die Annahme des Ultimatums als das kleinere Uebel der Ablehnung mit ihren sofortigen katastrophalen Wirkungen unbedingt vorzuziehen. Der Konkurrenzkampf des kapitalistischen Imperialismus um die Ausbeutung der Menschheit hat uns in das gegenwärtige Elend gestürzt, die endgültige Rettung daraus kann uns nur durch Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems der internationale proletarische Emanzipationskampf bringen.

Die Reichstagssitzung

Die Sitzung wird um 9 Uhr eröffnet. Präsident Löbe: Der Reichstag hat sich heute versammelt, um Entscheidungen von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Die Sitzung ist eröffnet.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist **die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.**

Die Erklärung der neuen Reichsregierung

Reichskanzler Dr. Wirth: Der Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Diesem Rufe durfte ich mich nicht versagen. Dr. Wirt verliest die Ministerliste, die wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen. Das Reichsfinanzministerium ist vorläufig unbesetzt. Die noch nicht besetzten Ministerien werden baldigst unter Erwägung aller für die Zusammensetzung des Ministeriums wesentlichen Gesichtspunkte besetzt werden.

Unsere Aufgabe in dieser schweren Stunde ist es, **die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierungen herbeizuführen.** Im Hinblick auf den Ablauf der Frist, bitte ich das Haus, seiner Meinung durch

eine unverzügliche Entschließung

Ausdruck zu geben. Es bleibt uns **keine andere Möglichkeit, als Annahme oder Ablehnung.** Ein Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen; ein Nein würde bedeuten: **Zwangsvollstreckung in unsere ganze Volkswirtschaft,** Sklavenarbeit unter der Fron feindlicher Bajonette, Zerreißung unseres geschwächten Wirtschaftskörpers, Knebelung des ganzen Erwerbslebens. **Noch ungeheuerlicher wäre die Wirkung für unsere politische Existenz.** Für unser Reich steht

mehr als Geld und Gut

auf dem Spiele. (Zustimmung.) **Es handelt sich darum, daß**

Reich und seine Einheit zu retten. Es vor einer feindlichen Invasion zu bewahren, die deutsche Freiheit zu schützen. . . . (Die nächsten Worte gehen im Lärm kommunistischer Zwischenrufe unter.)

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an.

(Bewegung.) Mit dieser Annahme werden gewaltige Folgen verknüpft sein für unser Wirtschaftsleben, insbesondere für seine weltwirtschaftliche Eingliederung. Die Verantwortung für die weltwirtschaftliche Bedeutung des Ultimatums liegt bei der Gegenseite. (Sehr richtig.) Unsere Verantwortung erfordert volle Klarheit und Aufrichtigkeit. (Bewegung.) Ein Ja ohne den ernsten Willen, das Aeußerste aufzubieten, den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden, wäre zwecklos. Nur durch Leistungen, nicht durch Worte, können wir unsere Gegner von der

Aufrichtigkeit unseres Wollens

überzeugen. (Zustimmung b. d. Mehrheit.) Wir müssen aber verlangen, daß eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Annahme des Ultimatums beseitigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrreviers. (Aha-Rufe auf der äußersten Rechten und Linken.) Die Besorgnis, daß — mögen wir unterzeichnen oder nicht — es doch einmal zu der Besetzung kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. (Lachen rechts.) Die Abstandnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes, bildet **die Grundlage der Annahme des Ultimatums.** (Beifall b. d. Mehrheit.) Dabei richten wir unseren Blick auch auf Oberschlesien, wo das Ergebnis der Volksabstimmung ausschlaggebend sein muß. (Erneuter Beifall.) Die alliierten Regierungen dürfen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht Hohn sprechende Tatsache zu schaffen, nicht dulden. Polnischer Terror darf nicht

unser Recht aus dem Friedensvertrage

mit Füßen treten. Dieser Friedensvertrag begründet auch für die Alliierten heilige Pflichten, die der englische Premierminister noch in diesen Tagen ausdrücklich anerkannt hat. **Die neue Regierung empfiehlt Ihnen nach pflichtmäßiger Prüfung, die Annahme des Ultimatums.** (Beifall b. d. Mehrheit.)

Die Debatte

Abgeordneter **Wels** (S. P. D.): Die Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatums fällt denjenigen Parteien zu, **die das Reich in diese Lage gebracht haben.** (Stürmische Unterbrechung.) Das sind dieselben Parteien, die jetzt das meiste dazu beitragen können, um die Bedingungen durchführbar zu machen. Da aber diese Parteien ihre Aufgabe im Stich gelassen haben, **hat die Sozialdemokratie sich entschlossen,** in eine Regierung einzutreten, **die den ehrlichen Willen hat, die** uns auferlegten Bedingungen zu erfüllen, und das Reich aus dem Chaos zur Gesundung zu führen. (Adolph Hoffmann: Das ist zum Wälzen!) Aus diesem Grunde sind wir bereit, die neue Regierung zu unterstützen. (Bravo.)

Abgeordneter **Treimborn** (Zentr.): Wir haben für wahrscheinlich erachtet, daß das deutsche Volk in seinem Bestand bei der Annahme des Ultimatums gesicherter sein wird, als bei der Ablehnung. In der Ueberzeugung, daß es

keinen anderen Weg

gibt, haben wir uns zur Zustimmung entschlossen. (Bravo.)

Abgeordneter **Stresemann** (D. Vpt.): Meine Fraktion ist einstimmig der Meinung, daß die Bedingungen so schwer sind, daß ihre Durchführung unmöglich erscheint. Die Grenzen Deutschlands stehen noch nicht fest. Die Forderungen der Entwaffnung stehen zum Teil im Widerspruch mit dem Friedensvertrag. Selbst die Annahme des Ultimatums würde uns nicht davor bewahren, in absehbarer Zeit in dieselbe Situation zu kommen. Ueber Oberschlesien haben wir bisher keine Zusicherung erhalten, deshalb haben sich auch diejenigen unserer Fraktionsmitglieder, die ursprünglich zustimmen wollten, zur Ablehnung entschlossen.

Abgeordneter **Hergt** (Dtnl. Vpt.): Wir haben jetzt dasselbe erlebt, wie in den Tagen in Weimar vor Unterschreibung des Versailler Vertrages. In dieser Situation konnte keine ruhige Entscheidung gefällt werden. Wir haben jetzt

das zweite Weimar.

Die neugebildete Regierung ruht auf sehr schwachen Füßen. Das hat auch die sozialdemokratische Erklärung bewiesen. Niemand ist im ganzen Volke, auch niemand bei der Entente, **der an der Undurchführbarkeit der Bedingungen zweifelte.** Wer dieses Dokument unterschreibt, der übernimmt die volle Verantwortung dafür, auch dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft in dieser Weise in Abhängigkeit vom ausländischen Kapital gebracht wird. (Stürmische Unterbrechung.) Und haben das nicht die Gewerkschaften selbst erklärt? (Stürmische Unterbrechungen: Sie **haben die Schuld daran!**) Die oberschlesische Frage wird gewiß durch die Annahme des Ultimatums in ein neues Stadium gebracht, aber leider sind vorläufig nur gewisse Hoffnungen erweckt worden, und nicht einmal auf das ganze Oberschlesien, wie wir es immer gefordert haben. Die Passivität gegenüber Oberschlesien muß endlich aufhören. Das Volk verlangt **die erlösende Tat.** (Stürmische Unterbrechungen.) Die Regierung soll niemals vergessen, das Oberschlesien ein herrliches deutsches Land ist, und daß die Interalliierte Kommission **ihr Wort, dort Ordnung zu halten, nicht gehalten hat.** Wir sind

nicht gewissenlos genug . . .

(lang andauernde stürmische Unterbrechung). — Von den Instanzen der Entente ist nicht die geringste Zusicherung in bezug auf Oberschlesien gemacht worden. Deshalb haben wir uns nach anderen Gesichtspunkten über das Ultimatum entscheiden müssen. Die Hauptsache ist, ob die Besetzung des Ruhrreviers zum Untergang Deutschlands führen werde. (Der Präsident ruft den Abgeordneten Barth (Komm.) wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung.) Es handelt sich um mehr, als um Geld und Gut, es handelt sich um unsere Ehre. Ist es nicht empörend, daß wiederum **die Entwaffnung und die Aburteilung der Kriegsverbrecher** in den Vordergrund gerückt werden. Unter diesen Umständen mußten wir das Ultimatum ablehnen. Zum erstenmal wird dem Ausland der Beweis unserer Unwahrhaftigkeit gegeben, wenn wir es annehmen!

Denken Sie an die Unmöglichkeiten, die in der Entwaffnungsfrage liegen. (Stürmischer Widerspruch.) Sofort sollen diese Bedingungen durchgeführt werden. (Zuruf links: Ausgezeichnet!) Wenn wir jetzt unterzeichnen, erhält der Gegner den formellen Rechtstitel zu unserer Unterdrückung, den er bisher nicht gehabt hat. **Wenn das ganze Volk zum Widerstand aufgerufen worden wäre, dann hätten uns die Gegner nicht niederzwingen können.** Wenn wir selbst uns alles gefallen lassen, dann wird niemand auf der ganzen Welt irgendetwas für uns tun. Die Möglichkeit der Bildung einer einheitlichen Abwehrfront ist versäumt worden.

Aus allen diesen Gründen ist unsere Fraktion

zu einem klaren und einstimmigen Nein

gekommen. Noch einmal werden wir gezwungen (stürmische Unterbrechungen). Der Redner verliest zum Schluß unter wiederholten lebhaften Zurufen von der linken Seite eine formulierte Erklärung, in der das Ultimatum abgelehnt wird. (Stürmisches Pfui links.)

Der Präsident ersucht die Tribüne, sich an den Kundgebungen nicht zu beteiligen. Er stellt weiter fest, daß der Abgeordnete Hergt eine Aeußerung eines früheren Ministers aus einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses hier **wiedergegeben habe.**

Abg. Ledebour (U. S. P. D.)

verliest die Erklärung, die wir an anderer Stelle veröffentlichen. Er fährt fort:

Ich hätte mich damit begnügen können, wenn nicht **die provokatorischen Ausführungen meines Vorredners** mich zu einer Entgegnung zwingen würden. Er fordert bei Oberschlesien zur Tat auf, aber was geschehen soll, darüber hat er geschwiegen. Aus diesem Mangel an Mut, schon in Worten, läßt sich erkennen, daß er zu Taten viel weniger Mut hat. Er erging sich in Widersprüchen, und das ist ein Beweis **von der inneren Unwahrhaftigkeit** seiner Stellungnahme. (Stürmischer Beifall.) Herr Hergt hat auch einen Ausflug ins Moralische gemacht. Wenn aber eine Partei in dieser Stunde die Pflicht hätte, zu bekennen: „Herr, sei uns Sündern gnädig", sie müßte es tun. (Stürmischer Beifall.) **Sie waren im alten Reichstag**

der schlimmste Hetzer zur Fortsetzung des Krieges,

der das deutsche Volk ins Verderben getrieben hat. Nur eine Entschuldigung gibt es: das ist die totale politische Unfähigkeit, die Sie während des Krieges bewiesen haben. Herr Hergt hat ja auch den U-Bootkrieg propagiert, der den unfehlbaren Sieg bringen sollte, der mit Verachtung von England und Amerika gesprochen hat. Diese Häufung von Unfähigkeit fällt zusammen mit vollkommener Moralfreiheit, die es dahin gebracht hat, daß das deutsche Volk jetzt wehrlos den Siegern ausgeliefert ist. Herr Hergt hat sich auf den Engländer Keynes berufen, aber auch damit hat er nur seine politische Hilflosigkeit gezeigt, denn Keynes hat sich in ganz anderem Sinne ausgesprochen, als Hergt es darzustellen versuchte. Ich habe früher schon einmal gesagt, daß der internationale Gedanke auch bei den Engländern, besonders bei den englischen Sozialisten, anerkannt wird. **Von dem Geist des Internationalismus unter den Arbeitern in den Ländern, auch der Westländer, erwarten wir die Unterstützung, die wir zur Abwehr der uns jetzt so außerordentlich drückenden Bedingungen brauchen.** Mit ihnen gemeinsam bekämpfen wir die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus in allen Ländern.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede von der Freiheit des deutschen Volkes gesprochen. Wir nehmen ihn beim Worte und verlangen von ihm Taten. Wir erwarten, **daß er die Freiheiten des deutschen Volkes wiederherstellt.** Als erste Tat müssen Sie (zur Regierung gewandt)

eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen

erlassen (stürmischer Beifall links), ganz gleich, welche Parteien dadurch betroffen werden. Wir verlangen weiter, **daß der infame Ausnahmezustand, daß die Sondergerichte aufgehoben** werden, die eine Schändung für Deutschland bedeuten (stürmischer Beifall links). — Wenn Sie das getan haben, dann erst haben Sie ein Recht, von der Freiheit des deutschen Volkes zu sprechen. (Stürmischer Beifall links.)

Abgeordneter **Haas** (Dem.): Wir hatten eine schwere Entscheidung zu fällen und sind dabei in der Fraktion nicht zu einer einheitlichen Auffassung gekommen. Es wurden zahlreiche Gründe für und gegen die Annahme des Ultimatums geltend gemacht. Wenn wir uns schließlich zur Annahme entschlossen haben, so wollen wir doch **nichts von den armseligen Rechten preisgeben,** die uns der Friedensvertrag läßt. Wir erkennen an, daß auch Frankreich schwere Lasten zu tragen hat. Die Bayern bitten wir, auf die schwere Lage des ganzen Volkes Rücksicht zu nehmen.

Die Entwaffnungsfrage ist keine Ehrenfrage für uns.

Wenn wir die Regierung jetzt unterstützen, so erwarten wir, daß sie **bald eine Verbreiterung erfahren wird.** Wir hoffen, den Augenblick noch zu erleben, wo auch unsere Feinde wieder zur Vernunft erwachen. Dann wird der Tag einer neuen besseren Zukunft für uns kommen. (Bravo.)

Abg. **Koenen** (Komm.): Die jetzige Regierung hat die Aufgabe, entweder den Konkurs Deutschlands herbeizuführen oder auf den Umsturz der Staatsverfassung in ganz Europa hinzuwirken. Die Forderungen auf Entwaffnung und Zahlung der 12 Milliarden und die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die jetzt gestellt werden, hätten schon längst durchgeführt sein sollen. Davon ist in der Regierungserklärung auch nicht die Rede. Auch die neue Regierung wird diese Bedingungen nicht erfüllen. Sie verdient nicht einen Funken von Vertrauen. Die Unterschreibung des Ultimatums bedeutet Hungersnot für das deutsche Volk. Die neuen Lasten werden wieder auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden.

•

Dem Reichstag lag folgender Antrag Müller-Franken, Trimborn und Genossen vor:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag ist einverstanden, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in deren Noten von 5. 5. 21. unter C. 1—4 geforderten Erklärungen abgibt.

Ueber den Antrag wurde um ¼1 Uhr nachts in namentlicher Abstimmung entschieden. Mit Ja stimmten 221, mit Nein 175 Abgeordnete, einer enthielt sich der Stimme. Damit ist das Ultimatum angenommen.

SPD. und reinsozialistische Regierung

Eine unbeantwortete Anfrage

In Ergänzung des Beschlusses des Zentralkomitees und der Reichstagsfraktion der U. S. P., den wir in der gestrigen Abendausgabe bereits wiedergegeben haben, hat die Reichstagsfraktion der U. S. P. folgendes Schreiben an den Vorstand der Reichstagsfraktion der S. P. D. gerichtet:

Werte Genossen! Wir haben Ihnen heute in Beantwortung Ihrer Anfrage über Beteiligung unserer Partei an der Bildung einer neuen Regierung u. a. folgendes mitgeteilt:

Wir sind zur Beteiligung an einem reinsozialistischen Kabinett unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Ueber Hinzuziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie der Afa und der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit, zu beraten.

Wir bitten Sie, diesen Teil unserer Antwort als eine **Gegenfrage an Ihre Partei** zu betrachten, und wir legen Wert darauf, von Ihrer Partei eine **schriftliche Antwort auf unsere Gegenfrage** baldmöglichst zu erhalten.

Eine Antwort auf diese Anfrage ist nicht erteilt worden.

Der französische Aufmarsch

Paris, 10. Mai.

Nach „Chicago Tribune" ist in dem Plan des Generals Weygand zur Besetzung des Ruhrgebietes vorgesehen, **daß das ganze Ruhrtal binnen 15 Stunden nach Abmarsch der Truppen von Düsseldorf in den Händen der Besatzungsarmee sein soll.** Tanks, Kavallerie und Panzerautos würden entlang dem Lippe- und Wuppertal vorrücken und oberhalb des Eisenbahnknotenpunktes von Dortmund wieder zusammenstoßen. Die neue Grenze sei 80 Meilen lang. — Die Franzosen beabsichtigen, **alles Kriegsmaterial zu zerstören,** das bei Krupp und in anderen Munitionsfabriken des Ruhrgebietes noch aufgehäuft sei, wo, wie berichtet **werde, Tausende von Militär- und anderen Gewehren und Maschinengewehre noch unzerstört seien. Die Franzosen gedächten** auch die Bevölkerung zu entwaffnen.

TU. Köln, 10. Mai.

Am Rhein treffen fortwährend französische Truppentransporte ein, die aus dem Elsaß von Straßburg kommen und über Mainz geleitet werden. Seit Montag ist ein verstärkter Zugverkehr festzustellen. Die Transporte machen einen **kriegerischen Eindruck** und die Truppen sind **funkelnagelneu eingekleidet und feldmarschmäßig ausgerüstet.** Vielfach sind die Bahnhofswachen verstärkt. Ebenso sind wichtige Bahnstrecken mit Feldwachen besetzt.

In Mühlheim haben die französischen Truppen eine Feldwache bis zur Schloßbrücke vorgeschoben. Die französische Besatzung ist durch neueinrückende Truppen im Stadtteil Speldorf verstärkt worden.

Reparationsfragen

EE. Paris, 10. Mai.

Der belgische Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix, und der Direktor des Solvay-Instituts sind von der Reparationskommission dringend nach Paris berufen worden. Heute sollen sehr wichtige Fragen zur Entscheidung kommen.

Der gestrigen Sitzung der Reparationskommission wohnte auch der amerikanische Vertreter, Herr Boyden, zum ersten Male wieder bei. Der deutsche Vertreter in der Kriegslastenkommission, Herr von Oertzen, forderte **zur Bezahlung der 600 000 To. deutschen Schiffsraums auf, die während des Krieges von Amerika beschlagnahmt wurden. Der Wert sollte dem Reparationskonto gutgeschrieben werden.** Die Reparationskommission stellte sich aber auf den Standpunkt, daß, da Amerika den Friedensvertrag nicht unterzeichnet habe, der Wert dieser Tonnage nicht von der Reparationskommission festgesetzt werden könne. Es wurde daher dem deutschen Vertreter der Rat erteilt, mit der amerikanischen Regierung in direkte Unterhandlungen zu treten.

Die Eisenbahn baut ab

Die Mitropa dehnt sich aus

Einige rechtssozialistische Abgeordnete haben im Reichstage folgende sehr berechtigte kleine Anfrage eingebracht:

Die im Jahre 1916 gegründete Mitropa, deren Leitung damals ein vom preußischen Eisenbahnministerium beurlaubter Ministerialdirektor übernahm, versteht es, sich fortgesetzt neue Schlafwagenläufe zu sichern. Dadurch wird nicht allein in steigendem Maße der Grundsatz preisgegeben, daß Staat oder Reich unumschränktes Verfügungsrecht über alle Hauptbahnen haben müßten, sondern der Mitropa werden auch fortgesetzt neue Einnahmequellen zum Schaden der Reichskasse erschlossen. Am 1. Juni soll dieses privatkapitalistische Unternehmen drei weitere Läufe und zwar die Kurse Berlin—München und zurück erhalten; mehrere andere Läufe, die im Vertrage nicht vorgesehen waren, hatte es sich schon vorher zu sichern gewußt. Die Mitropa verfügt nur über wenige eigene Wagen; fast ihren gesamten Wagenbedarf muß sie daher von der Reichseisenbahn ausleihen.

Wir fragen: Weshalb wird hier ein Privatunternehmen fortgesetzt und in steigendem Umfange begünstigt? Warum verzichtet das Reichsverkehrsministerium auf den eigenen Betrieb dieser Schlafwagenläufe? Welche Beträge fließen aus der Ueberlassung der Schlafwagenläufe in die Reichskasse? Wieviel Miete zahlt die Mitropa für den einzelnen Wagen? Ist der 1916 abgeschlossene Vertrag inzwischen zeitgemäß abgeändert worden?

Die Geheimnisse der Donau

Die Opfer des weißen Terrors in Ungarn

Die Exekutivorgane des weißen Terrors zeigten von jeher das Bestreben, die Spuren ihrer Morde in der Weise zu verwischen, daß sie die unglücklichen Opfer zumeist noch lebend, aber schwer verletzt in die Donau oder in die Theiß schleuderten. Legion ist die Zahl der in den letzten Monaten aus den großen Flüssen ans Land geschwemmten Leichen. In der Umgebung von Budapest selbst wurden in den letzten Wochen nach einem statistischen Bericht der Polizei folgende Leichen aus der Donau gefischt:

Am 11. Januar in der Nähe von Szigetujfalu **die Leiche eines 50jährigen Mannes.** — Am 14. Januar in der Gemeinde Devecser **die Leiche eines Soldaten.** — Am 10. Februar in der Nähe der Gemeinde Szigetujfalu **die Leiche einer 20- bis 25jährigen Frau.** — Am 18. Februar **die Leiche einer 60jährigen Frau.** — Am 10. März in der Stadt Budapest selbst **die Leiche eines Mannes, dessen Mund einen Knebel trug.** — Am 21. März in Budapest **die Leiche eines dem Arbeiterstande angehörenden Mannes.** — Am 5. April **die Leiche eines 18jährigen Mädchens.** — Am 8. April bei der Gemeinde Ercsi **die Leiche eines Mannes und einer Frau.** — Am 10. April bei der Gemeinde Ercsi **die Leiche eines 30jährigen Mannes,** und bei Pilisborosjenö **die Leiche eines 40jährigen Mannes.** — Am 17. April **die Leiche eines 30jährigen Mannes** in der Nähe von Budapest. Der Hals der Leiche war durchschnitten und der Körper wies zahlreiche Quetschungen auf. — Am 20. April **die Leiche eines Mannes.** Hände und Füße der Leiche waren mit Draht gefesselt. Der Hals wies Spuren der Drosselung auf. — Am 22. April bei der Gemeinde Dunaadony **die Leiche eines 40- bis 45jährigen Mannes.** Mittels Strickes war ein Stein im Gewichte von 20 Kilogramm an die Leiche gebunden. — Am 23. April bei der Gemeinde Dunavecse **die Leiche eines 30jährigen Mannes.** Hände und Füße waren gefesselt. — Am 26. April in der Nähe von Budapest **die Leiche eines 25jährigen Mannes.**

So weit der amtliche Bericht. Die Blätter veröffentlichen diese traurige Statistik ohne jeden Kommentar. Nur ein bürgerliches Blatt erlaubt sich die witzige Anfrage, ob es in der Donau auch Fische gebe. Diese Frage ist aber blutig ernst. Und dies alles vollzieht sich unter den Augen der Entente.

Die nächste Völkerbundssitzung. Der Präsident des Völkerbundsrates, da Cunha, beruft alle Mitglieder des Völkerbundes für den 15. September zu Beratungen ein.

Kommunistenverhaftungen in London. Die Londoner Polizei hat acht weitere Kommunisten verhaftet, darunter den Gründer der kommunistischen Partei in England.

Keine Verhaftung Reichsdeutscher in Sowjetrußland. Wie gemeldet wird, hat der deutsche Vertreter in Moskau dem Auswärtigen Amt gedrahtet, daß beim Außenkommissariat in Moskau von einer Verhaftung Reichsdeutscher, als Geisel für Friesland, nichts bekannt sei.

Japan gibt Schantung an China zurück. Wie „Chicago Tribune" aus New York meldet, veröffentlichte „New York World" gestern eine Nachricht aus Tientsin „aus höchst autorisierter Quelle", in der erklärt wird, daß die japanische Regierung beschlossen habe, die Provinz Schantung sofort und ohne alle Bedingungen China zurückzugeben.

Richtigstellung. Im gestrigen Landtagsbericht befindet sich ein sinnstörender Druckfehler. Genosse Freund hat bei Besprechung der Wohnungsnot nicht gesagt: Das Reichsmietengesetz darf nicht aufgehoben werden, sondern das Höchstmietengesetz darf nicht usw.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Strenge Note der Alliierten an Polen

London, 9. Mai. (Reuter.)

Die alliierten Regierungen haben mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die polnische Regierung gerichtet.

Die Lage im Aufruhrgebiet

Beuthen, 10. Mai.

Die Lage ist unverändert. Die nächtlichen Schießereien haben etwas nachgelassen. Den deutschen Gewerkschaftsvertretern hat der Stadtkommandant gestern aufs neue erklärt, daß die Sicherheit von Beuthen gewährleistet sei. Es liege Befehl aus Oppeln vor, die Aufrührer nicht in die Stadt zu lassen. Auf die Hohenzollern- und Heinrichgrube sind je 15 Mann französische Wache gelegt worden. Der Betrieb ist zunächst in schwachem Umfang wieder aufgenommen worden. In der Stadt sind 1675 Flüchtlinge.

Tarnowitz konnte heute seit drei Tagen wieder zum ersten Male telephonisch erreicht werden. Die Lage ist unverändert. Die Stadt selbst ist von Aufrührern so gut wie frei. Jede Nacht hört man um die Stadt herum mehr oder weniger starkes Schießen. Aus dem Landkreise kommen bittere Beschwerden über die Leiden der deutschen Bevölkerung. In der Stadt befinden sich etwa 450 Flüchtlinge. In Gleiwitz ist keine Aenderung der Lage eingetreten. Aus Peiskretscham kommt die Nachricht, daß die französischen Posten zurückgezogen worden sind, die bisher an den Ausgängen der Stadt standen, nachdem ein höherer französischer Offizier dort gewesen war. Darauf setzte ein starker Durchmarsch von bewaffneten polnischen Banden und Truppen in westlicher Richtung ein.

Oppeln, 10. Mai. (W. T. B.)

Die Lage in Oberschlesien hat sich nach den Meldungen, die bis zum 10. Mai abends in Oppeln vorlagen, dadurch verschlimmert, daß nunmehr die Aufständischen, nachdem sie Verstärkungen erhalten haben, einen **Angriff auf das westliche Oderufer** vorbereiten. Die Städte **Ratibor** und **Cosel** sind besonders bedroht. Seit heute nachmittag drei Uhr war mit Cosel eine Verbindung nicht mehr zu erhalten. Der Hafen von Cosel ist heute von den Aufrührern bereits besetzt worden, denen größere Mengen von Lebensmitteln in die Hände fielen.

Bei den Kämpfen um Kandrzin haben die polnischen Aufrührer Artillerie verwendet. Auch einige Ortschaften in der Nähe von Kandrzin sind heute von den Insurgenten mit Artillerie beschossen worden. Gogolin bei Kandrzin wurde heute von den Polen besetzt.

Die Arbeitsaufnahme in einzelnen Betrieben mit vorwiegend deutschgesinnter Arbeiterschaft hat mit einer Entspannung der Lage nichts zu tun. Die Wiederkehr gesetzmäßiger Zustände muß durch andere Mittel herbeigeführt werden. Die Lage in den einzelnen Gebieten ist sonst wenig verändert. Aus Tarnowitz wird eine sehr starke Lebensmittelknappheit gemeldet. Alt-Rosenberg mußte von den Aufrührern heute wieder geräumt werden.

Noch kein Nachfolger Korfantys

OE. Warschau, 10. Mai.

Der zum Nachfolger Korfantys für den Posten des polnischen Plebiszitkommissars für Oberschlesien ernannte Rechtsanwalt Wolny-Beuthen, ein früherer Gehilfe Korfantys, hat die Uebernahme dieses Postens abgelehnt.

Ausländische Korrespondenten über Oberschlesien

EE. Paris, 10. Mai.

Ein Bericht des Sonderberichterstatters der „Chicago Tribune" aus Sosnowice besagt: Trotz der Tatsache, daß die polnische Grenze geschlossen ist, treffen täglich Züge mit Nahrungsmitteln, Munition, Uniformen usw. im Abstimmungsgebiet aus allen Teilen Polens ein. Ganz Polen stößt den Schrei aus, daß Schlesien an das Mutterland fallen müsse. Tausende von Bergarbeitern und Studenten aus dem Bezirke Dombrowa haben am Sonnabend die Grenze überschritten und sich den Insurgenten angeschlossen.

Dem „Journal" wird aus Oppeln gemeldet, daß die Polen gut bewaffnet, ausgezeichnet diszipliniert seien und das ganze Land in ihrer Hand hielten. Sie hätten nicht die Absicht, nachzugeben. Die Tatsache, daß am Montag die Arbeit in den Bergwerken wieder aufgenommen worden sei, habe mit der Einstellung der Feindseligkeiten nichts zu tun.

Die Haltung Italiens

DA. Turin, 10. Mai.

Das Blatt Giolittis, die „Stampa", hebt nachdrücklich hervor, daß Italien von der polnischen Regierung eine andere Genugtuung für die Ermordung seiner Soldaten und Offiziere verlange, als nur die Absetzung Korfantys, nämlich eine amtliche Erklärung, daß die Warschauer Regierung dem Aufstand der oberschlesischen Insurgenten fernstehe. Aber selbst damit könne sich Italien nicht zufrieden geben. Es habe die Vorfälle in Oberschlesien nicht nur diplomatisch behandelt, sondern auch für den Schutz seiner Truppen gegen weitere Angriffe die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Nach dem gleichen Blatte hat sich der Ministerrat in Rom erneut mit den Vorgängen in Oberschlesien befaßt. Giolitti legte die mit den Alliierten gemeinsam zu treffenden Maßregeln dar, **um die Ordnung um jeden Preis wieder herzustellen und das Abstimmungsergebnis zu wahren.** In der Consulta erregte der Ernst der Lage tiefe Besorgnis. Italien wolle jedenfalls unbedingt, daß die polnische Gewaltherrschaft gebrochen werde.

Zierden der Zweiten Internationale

Brüssel, 9. Mai.

„Peuple" erklärt, die verbreiteten Nachrichten, im belgischen Ministerrat hätte außer dem Justizminister Vandervelde sich niemand gegen die vorgesehenen Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet ausgesprochen, seien falsch. Es sei nicht wahr, daß Minister Wauters geschwiegen haben, es sei ferner nicht wahr, daß Minister Destrée die These von Minister Jaspar und Theunis vertreten habe. Vandervelde halte militärische Sanktionen für gefährlich, er halte sie auch für unwirksam und sei der Ansicht, daß sie keine Früchte zeitigen würden, ja sogar, daß sie einen neuen Kriegszustand herbeiführen könnten. Auch Destrée glaube nicht, daß militärische Sanktionen Erfolge zeitigen würden. Er sei aber der Ansicht, **daß Belgien allein an der Lage nichts ändern könne.** Die gleiche Ansicht vertrete auch der sozialistische Minister Anseele. Was aber die Presse verschweige, sei, daß auch der liberale Minister Franks Gegner des Abenteuers im Ruhrgebiete sei und auch der katholische Minister Van de Vyvere.

Das belgische Sozialistenblatt scheint gar nicht bedacht zu zu haben, daß es mit seiner Schilderung des wirklichen Tatbestandes die Beurteilung für die sozialistischen Minister nur verschlimmert. Das aussichtslose Alleinstehen Vandervoeldes könnte allenfalls noch als ein Grund gelten, der das Verbleiben in der Regierung, aus innerpolitischen Gründen, rechtfertigte. Die Tatsache aber, daß sämtliche vier sozialistischen Minister, außerdem aber auch noch zwei bürgerliche Kabinettsmitglieder gegen das Abenteuer im Ruhrgebiet sind, läßt die unverantwortliche Passivität der belgischen Sozialdemokraten im hellsten Lichte erscheinen. Wer glaubt den Herrschaften noch ihre Beteuerungen, daß sie auf dem Boden der Amsterdamer Beschlüsse stehen, wenn sie den militärischen Gewaltmaßnahmen offen oder versteckt ihre Zustimmung geben, und zwar aus dem Grunde, weil Belgien allein an der Lage nichts ändern könne. Was hat diese Auffassung, die den Ententeimperialisten geradezu einen Freibrief für jede Willkürmaßnahme gibt, noch mit Sozialismus zu tun? Und diese selben Herren sind die Zierden der Zweiten Internationale.

Reaktionäre Machenschaften in Braunschweig

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Im Landtage hatte der aus den reaktionären Kreisen sich zusammensetzende Landeswahlverband den Antrag gestellt, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen vorzunehmen. Er stützt sich auf das vom A.- und S.-Rat erlassene Gesetz vom 15. November 1918, nach dessen Wortlaut die Wahlperiode des braunschweigischen Landtages ein Jahr betragen soll. Dieses Gesetz ist aber von den Bürgerlichen schon längst gebrochen worden. Zu Beginn des Jahres 1920 stellte die Fraktion unserer Partei unter Hinweis auf das Gesetz den Antrag auf Auflösung des Landtages. Die Bürgerlichen einschließlich der Rechtssozialisten lehnten den Antrag ab. Es wurde erklärt, das vom A.- und S.-Rat erlassene Gesetz habe für den Landtag keine bindende Kraft. Jetzt kommen nun dieselben Parteien, die damals das Gesetz gebrochen haben und berufen sich auf eine Verordnung, die durch sie selbst verächtlich gemacht worden ist.

Schon dem vorigen Landtage war die Aufgabe gestellt worden, dem Freistaat eine endgültige Verfassung zu geben. Die damalige rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung hat aber keine Vorlage eingebracht. Als während des Kapp-Putsches die Arbeiterschaft sich wieder ihrer Macht bewußt wurde, wurden Landtag und Regierung hinweggefegt. Die neue Regierung — drei Unabhängige, zwei Rechtssozialisten — hatte von vornherein einen schweren Stand. Als der Landeswahlverband die Regierungsbildung nicht länger verhindern konnte, erklärte sein Sprecher: „Wir werden der Regierung das Leben so sauer wie möglich machen."

Nach diesem Motto haben die bürgerlichen Parteien während des ganzen Jahres gehandelt. Die Verhandlungen des Landtages sind oft direkt sabotiert worden. Auf jeden Fall aber wurde eine Verschleppungstaktik geübt, so daß lange Zeit keine positive Arbeit geleistet werden konnte. Infolge der wahnsinnigen Putschtaktik der Kommunisten glaubten die Bürgerlichen, durch Neuwahlen eine reaktionäre Mehrheit zu erhalten. Sie betrieben die Auflösung des Landtages sonderlich aus zwei Gründen: Einmal weil sie befürchten muß, daß die Regierung ein Enteignungsgesetz einbringen würde, um Stinnes und Konsorten es unmöglich zu machen, im Helmstedter Kohlenrevier Einfluß zu gewinnen; zweitens, um die unverschämten Forderungen des Cumberländers durchzudrücken, für die im jetzigen Landtag keine Mehrheit zu haben ist. Nun hat die Regierung einen Verfassungsentwurf vorgelegt und das war für die Reaktion ein weiterer Grund, auf die Neuwahl zu dringen. Die sozialistische Regierung sollte gar keine Gelegenheit zur positiven Arbeit erhalten.

Als der Antrag, betreffend die Auflösung des Landtages beraten wurde, erdreistete sich ein reaktionärer Abgeordneter, der zugleich Ministerialrat in dem sozialistischen Ministerium ist, von dem „Unrecht der Revolution" zu sprechen. Bei den sozialistischen Abgeordneten rief das einen Sturm der Entrüstung hervor. Genosse Sepp Oerter geißelte als Minister in treffender Weise die Demagogie der Bürgerlichen.

Der reaktionäre Antrag wurde mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Für die Ablehnung stimmten in einer Anwandlung von Klugheit auch die Kommunisten. Ihr Redner glaubte freilich, der Regierung Bedingungen stellen zu können und behauptete, seine Gruppe bringe die Entscheidung. Aber auch ohne die drei Männer, die als Mitglieder unserer Partei in den Landtag eingezogen und untreu geworden sind, ist eine sozialistische Mehrheit vorhanden.

Am Mittwoch gab der Landeswahlverband eine Erklärung ab, die versteckt die Drohung der Obstruktion enthielt. Mag er versuchen, die Geschäfte des Landtages aufs neue zu sabotieren, unsere Partei wird nicht versäumen, den Wählern Aufklärung zu geben, wie diese Herren mit dem Recht Schindluder spielen. Die im Freistaat Braunschweig unter der Beteiligung von vielen Tausenden veranstalteten Maifeiern haben bewiesen, daß die Massen hinter uns stehen.

Preisgabe der Immunität

Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages erteilte die vom Justizminister beantragte **Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Inhaftnahme des Abg. Scholem** (Komm.). Auch in der Angelegenheit **Schneider** (Komm.) wurde die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung erteilt. Der Antrag **Leid** (U. Soz.) auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. **Otter-Bochum** wegen Uebertretung wurde angenommen.

Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Oberst Harvey, ist in Begleitung von Oberst House in London eingetroffen.

Der Bergarbeiterstreik in England

Eine entscheidende Wendung?

Die Wendung in der englischen Kohlenkrise, von der wir gestern sprachen, ist bereits eingetreten. Allerdings zunächst nicht in der Richtung auf neue Verhandlungen. Es trifft zwar zu, daß sich in den Kreisen der Regierung und der bürgerlichen Unterhausmitglieder die Neigung zu neuen Verhandlungen steigert. Aber die Ursachen, die diese Geneigtheit zum Einlenken hervorrufen, zeitigen bei den Bergarbeitern einen stärkeren Widerstand.

Zahlreiche Meldungen der letzten Tage zeigten deutlich an, daß sich die Kohlenknappheit in England in immer größerem Maße fühlbar macht. Die Regierung sah sich zu ständig wachsender Einschränkung des Kohlenverbrauches gezwungen. Die inländischen Vorräte sind in den fünf Wochen des Streiks, in denen in England kein Kilogramm Kohle gefördert worden ist, nahezu verbraucht worden. Darum steigert sich der Bedarf der englischen Wirtschaft nach ausländischer Kohle. In demselben Maße aber, wie ausländische Kohle an die Stelle der englischen Kohle tritt, wird die Weigerung der Hafenarbeiter, ausländische Kohle zu befördern, fühlbar.

Nachdem der Streik des Dreibundes abgesagt worden war, hatten sich die Hafenarbeiter mit den Bergarbeitern sofort insofern solidarisch erklärt, als sie das Verladen überseeischer Kohle ablehnten. Von dieser Seite her kommt jetzt den Bergarbeitern von neuem eine starke und wirksame Unterstützung. Der Zeitpunkt scheint gekommen, wo die durch die Kohlenknappheit hervorgerufenen Zustände sich so zuspitzen, daß schon diese bedingte Unterstützung der Bergarbeiter durch die Transportarbeiter eine neue äußerst gefährliche Krise für die englische Wirtschaft heraufzubeschwören droht. So hat die Weigerung der Eisenbahner, Kohle, die für die schottischen Eisenbahnen bestimmt war, vom Glasgower Hafen an ihre Bestimmungsorte zu transportieren, bereits zu einem Konflikt geführt, der den Keim bildet zu einer neuen großen Aktion des Dreibundes.

Der Vorgang zeigt zunächst, daß sich Teile der Eisenbahner dem Vorgehen der Dockarbeiter angeschlossen haben. Das zwingt die Gewerkschaftsleitungen des Dreibundes, sich der Frage der gemeinsamen Aktion von neuem zuzuwenden. Der Exekutivausschuß der Transportarbeiter hatte gestern in London eine neue Tagung, und es wird vermutet, daß das Vorgehen der Eisenbahner in Schottland von der Exekutive gebilligt und zur allgemeinen Parole für die Eisenbahner und Transportarbeiter erhoben werden wird. Es scheint sich sogar die Forderung durchzusetzen, die Verweigerung des Kohlentransports auf inländische Kohle auszudehnen. Nachrichten über die Entscheidung der Transportarbeiterkonferenz liegen noch nicht vor. Die allgemeine Verweigerung des Transportes würde zwar nicht den Generalstreik des Dreibundes bedeuten, aber doch in ganz kurzer Zeit die völlige Entblößung der englischen Industrie von ihrem wichtigsten Material, der Kohle, zur Folge haben und außerdem bald zur Stillegung des gesamten Eisenbahnverkehrs infolge Kohlenmanges führen. Es ist deutlich erkennbar, daß durch diese Vorgänge der Widerstand der Bergarbeiter eine neue Versteifung erfahren hat, und die Hoffnungen der regierenden Kreise auf neue Verhandlungen wären in diesem Augenblick völlig verfehlt, wenn sie etwa identisch sein sollten mit der Hoffnung auf ein Nachgeben der Bergarbeiter. Es hat jetzt vielmehr den Anschein, als sollte das Ausharren der Bergarbeiter doch noch Früchte tragen, als sollten die Bergarbeiter imstande sein, die Bewegung kämpfend über den toten Punkt hinwegzuführen, auf dem sie während der ganzen letzten Woche stand. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Bergarbeiter jederzeit auch zu Verhandlungen bereit sind.

Die Folge dieser Wendung ist, daß die englische Regierung ihre Rüstungen von neuem aufnimmt. Es ist davon die Rede, daß die Regierung doch dazu übergehen werde, die Krise durch Anwendung von Streikbrecherarbeit zu bekämpfen, was sie bisher vermieden hat. Auch diese Hoffnung dürfte vergeblich sein. Wir sind der Ueberzeugung, daß gerade ein solcher Versuch die Solidarität der gesamten englischen Arbeiterschaft mit den Bergarbeitern von neuem befestigen würde.

E. E. London, 10. Mai.

Die englische Regierung gab gestern den Pressevertretern eine Note, in der erklärt wird, daß die Situation, in der sich England derzeit befinde, dadurch verschärft werde, **daß nunmehr auch die Eisenbahner sich weigern, fremdländische Kohle zu verladen.** Die Regierung hofft durch ihre vorläufige Maßnahme, jede ausländische Kohle, die in England eintrifft, als Staatseigentum zu erklären, den Transportarbeitern zu beweisen, daß sie der heimischen Industrie nicht zugute kommt. Gestern hatte der Transportminister Erik Geddes mit den Sekretären der Transportarbeiter und der Eisenbahner eine Unterredung. Eine Konferenz von 33 Linien der National-Union der Eisenbahner auf den Ostlinien nahm eine Resolution an, in der für kommenden Sonntag der Generalstreik proklamiert wird.

Auf eine Anfrage an das Unterhaus teilt der Staatssekretär für die Bergwerke, Bridgeman, mit, daß **46 Bergwerke,** in denen 14 856 Arbeiter beschäftigt waren, vollständig **überschwemmt** seien.

EW. London, 10. Mai.

Die Regierung verständigte die Eisenbahndirektion davon, daß sie energisch vorgehen müsse, **d. h. Dienstverweigerer zu entlassen habe.** Unter überseeischer Kohle verstehen die Arbeiter auch schottische Kohle. Die Regierung erwägt unter diesen Umständen alle jene Maßnahmen, die während des drohenden Dreiverbandsstreiks geplant waren, also Lebensmitteltransport durch Autos, usw. Cramp, der Präsident des Verbandes der Eisenbahner, der Sekretär des Transportarbeiterverbandes und der Vertreter der Heizerföderation besuchten gestern Sir Eric Geddes und erklärten, daß alle **Kohlen aus Wales als Streikbrecherkohlen** angesehen würden. Lord Weir machte einen **neuen Vorschlag zur Regelung des Konfliktes.** Voraussetzung des Vorschlages ist die Herabsetzung der Kohlenpreise, damit dadurch der Lebensstandard sinken könne. Weiterhin Achtstundenschicht, Erhöhung der Erzeugung auf das Niveau von 1913, Brachliegenlassen aller unrentablen Bergwerke, Herabsetzung der Löhne um 2 Schilling pro Schicht, Verminderung der Verwaltungskosten. Dadurch könne der Kohlenpreis auf 25,8 Schilling sinken.

20 000 englische Elektrizitätsarbeiter im Ausstand

TU. London, 10. Mai.

Nach Aussage des Sekretärs des Londoner Syndikats der Elektrizitätsarbeiter sind 20 000 Mitglieder dieser Gewerkschaft in den Ausstand getreten. In London allein befinden sich 2000 bis 5000 Elektrizitätsarbeiter im Ausstand. Der Streik erfolgte, um sich der Herabsetzung des Lohnes zu widersetzen.

Was die Hausfrauen zum Feste suchen, sind gute Zutaten für den Kuchen!

Margarine
mit Buttergeschmack fein 8,– sehr fein 9,– allerfeinste 12,50
Palmin Pfd. 11,– Mk.

Kaffee ¼ Pfund 4,50 5,25 6,–

Garant. reines **Schmalz** Pfd. 9,80

Loreley, Union, Ladewig, Reichelt, Assmann

Hotels, Cafe's Pensionate u. andere Großverbraucher werden zu Sonderpreisen durch unsere Zentrale Berlin S.O.33 Schlesische Str. 28 direkt bedient. Telefon Moritzpl. 1298 12766 15079 15043 14867 15256

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Kapitän Brassbounds Bekehrung

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: **Jugend**

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Mad. Butterfly
Schauspielhaus
7 Uhr: Fiesco

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
8 Uhr: Mesalliance

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 U.: Ein Sommernachtstraum (25. Abteilung, 5. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
7.30 Uhr: Rugby
Donnerstag: Erdgeist (Maria Orska, Alb. Steinrück)
Freitag: Rugby
Sonnabend: Rugby

Komödienhaus:
Heute und morgen:
Die Sache mit Lola
Ab Sonnabend, 14. Mai:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Uraufführung

Berliner Theater:
DAS Milliarden SOUPER
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Alfr. Gilsot, Ralph Arthur Roberts, Herb. Rixer, Paul Rehkopf

Kleines Theater
7½ Uhr: **Nur ein Traum**
Lustspiel von Lothar Schmidt. (Olga Limburg, Lupus Berg)

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Lucie Höflich, Hilde Grüning, Ad. Edgar Licho)

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Rosen
von Hermann Sudermann
(Käte Limburg, Carola Toelle, Käthe Haack, Falkenstein, Valentin, Schroth, Vendow)

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**

Lessing-Theater
Direkt.: Viktor Barnowsky
7½ Uhr: **Gespenster**
(Lina Lossen)
Donnerst. 7½: Ein idealer Gatte
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt
Sonnabend 7: Neueinstudiert:
Rosenmontag

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die selige Exzellenz
(Adalbert, Junkermann, Büttner)

Komische Oper
Täglich 7½ Uhr: **Alt-Heidelberg**
Oper von Pachernegg

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Rose-Theater
7½ Uhr:
Nur nicht drängeln

½8 **Folies Caprice** ½8
am Oranienburger Tor
Am Badestrand
mit Ferd. Grünecker

½8 **Casino-Theater** ½8
Bollrich & Sohn
Sig. 3½ Uhr: Höllenqualen

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichstraße 213
Naturalistische Neuheit im Reiche der Venus und weitere 10 Sensationen.

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer Witwenball

CIRCUS BUSCH
7 U., Sonn- u. Festtags auch 3 U.
Die ausgezeichneten Circus-Sensationen!
„Das denkende Pferd"
„Der Jiu-Jitsu-Meister"
8½ Uhr: Managescheinstück
„Krone und Fessel"
Johannes Nicmann's Gastspiel
Vorh. Wertheim u. Circuskasse

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk., **Jetzt für 400—500 Mk.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig!** Nach beendeter Saison **50% herabgesetzt.** Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Wald-, Silberfüchse. Keine Lombardware.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft-, Gesäß u. Bein. Da schm. Fälle in **15 Tagen** befeit. m., hierüber unentgeltl. Heilerf. beweis. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9—3. **Jacoby**

Theater a. Kottbus. Tor Kottbuser Straße 6.
Täglich 7½ Uhr und zu halben Preisen Sonntags nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Neues Programm!
Vorverk. 11—1½ und 4—6 Uhr.

METROPOL
Schönhauser Allee 54.
präz. 7½ Uhr:
12 Mai-Attraktionen

Sommer-Theater Schweizergarten
Am Friedrichshain 29/32
Vollständig neu renoviert!
An allen 3 Pfingstfeiertagen und täglich das große neuengagierte
Spezialitäten - Sensations - Programm
dazu die Ausstattungsoperette
„Die Fahrt in's Glücksland"
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag
Großes Frühkonzert und Spezialitäten
Am 1. Pfingstfeiertag die bekannte Ausstattungsoperette
Ueber'n großen Teich mit Frau Dir. Hermann, Dora Möwe, Ernst Franzen, Helmut Rennspieß, Curt Landen in den Hauptrollen.
Am 2. Pfingstfeiertag früh: Vollständig neues Programm, dazu: Ein kleines Geschenk und X-Strahlen
Im großen 500 Quadratmtr. neuerbauten Tanzsaale **Großer Festball**
Kassenöffnung zu den Frühkonzerten morgens 4 Uhr, Anfang morgens 5 Uhr. Kassenöffnung nachm. 2 Uhr, Anfang 4 Uhr. **Vorverkauf der Billetts ab heute.**

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!
Gültig nur für die Pfingstwoche!
8 große Ausnahme-Angebote!
Auf Ständern zum Aussuchen
3 Serien Strickjacken Fantasie in vielen Farben
40 Kunstseide **161** Wolle **189**
2 Stücker Seidenglanz Popelinemäntel 178, 240
Imprägnierte Seidenmäntel 240, 395
Covercoatmäntel Prachtsilhke 195, 289
Feine Tuchmäntel 345, 471
Mantelkleider Original-Modelle **650,—** Einheitspreis
Fesche Kostüme 240, 485
Gummimäntel für Damen 310, 435
Gummimäntel für Herren 335, 490
Röcke **44, 69, 87**
Seiden-Röcke **95, 126, 189**
Extra Angebote! Kaum glaublich! Jetzt:
Pelzmäntel 2200 Ia Qualität 3500, Plüschmäntel 650
Astrachanmäntel 300, 450, Krimmermäntel 775, 950
Westmann
I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verw. Gewerbe zu Berlin

Bekanntmachung

Zur Vornahme der Neuwahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuß für die Wahlperiode bis zum 31. Dez. 1925 wird hiermit folgendes bekanntgegeben:

Es sind zu wählen:
1. aus dem Kreise der Versicherten 60 Vertreter und 120 Ersatzmänner (§ 71 der Satzung und § 5 der Wahlordnung).
2. aus dem Kreise der beitragspflichtigen Arbeitgeber 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner (§ 71 der Satzung und § 5 der Wahlordnung).

Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 71 Abs. 9 der Satzung und nach den Bestimmungen der Wahlordnung).

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben. (§ 12 der Wahlordnung).

Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 11. Juli 1921, von 5 bis 7 Uhr abends im Kassenlokal Münzstraße 24, vorn II.

Die Versicherten wählen am Sonntag, den 10. Juli 1921, von 9 bis 2 Uhr vormittags ebenfalls im Kassenlokal, Münzstraße 24, vorn II.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge gesondert für die beteiligten Versicherten und Arbeitgeber (§ 7 der Wahlordnung) aufzustellen und dem unterzeichneten Wahlausschuß spätestens bis zum 12. Juni 1921 unter der Adresse: Wahlbureau der Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin C 25, Münzstraße 24, vorn II, einzureichen.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden (§ 13 Abs. 3 der Wahlordnung).

Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung (§ 9 der Wahlordnung) im Kassenlokal, Münzstraße 24, in den Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr eingesehen werden.

In derselben Zeit liegen auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus den Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnissen ergebenden Wahl- und Stimmberechtigten sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis 17. Juni 1921 unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzureichen.

Der Wahlausschuß ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen und hat jeder Wähler einen Wahlausweis zur Wahlhandlung mitzubringen. (§ 5 Abs. 2 der Wahlordnung).

Wahlausweise werden auf Antrag an den dem Wahltag vorhergehenden 14 Tagen
1. für die in Arbeit stehenden versicherungspflichtigen Wahlberechtigten durch den Arbeitgeber ausgegeben,
2. für freiwillig versicherte Wahlberechtigte im Kassenlokal in den Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr daselbst unter Vorlegung der Zahlkarte ausgestellt,
3. für die wahlberechtigten Arbeitgeber werden ebenfalls Bescheinigungen darüber, wieviel Stimmen den Antragstellern zustehen, im Kassenlokal zu den oben bezeichneten Stunden ausgegeben.

Im übrigen wird ausdrücklich auf die einschlägigen Bestimmungen der Satzung und der Wahlordnung hingewiesen.

Berlin, den 10. Mai 1921.

Der Vorstand.
Max Gutsche, Vorsitzender — F. Hemann, Schriftführer

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Ernst Grasse
Memeler Str. 28., am 8. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachm. 3 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim in Berlin

9. Nachtrag zur Satzung
vom 12. September / 31. Oktober 1913

§ 22 erhält folgenden Wortlaut:
„Wird Krankenhauspflege einem Versicherten gewährt, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so wird — vorbehaltlich der Ansprüche nach § 27, 58, 59 und 62 Absatz 3 — daneben ein Hausgeld für die Angehörigen gezahlt und zwar bei Anspruch auf Regelleistungen (§§ 15, 18, 32 Abs. 1, 33, 67 dieser Satzung und Ziffer VII der Satzung für die hausgewerbliche Krankenversicherung) im Betrage des halben Krankengeldes und bei Anspruch auf Mehrleistungen (§ 32 Abs. 2—4) im Betrage des ganzen Krankengeldes (§ 20).

Versicherten, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, wird bei Anspruch auf Mehrleistungen (§ 32 Abs. 2—4) neben der Krankenhauspflege ein Krankengeld in Höhe von ½ des Krankengeldes (§ 20) gewährt."

Berlin, den 20. Dezember 1920.

Der Vorstand
(L.S.) Neubecker
St. 4065. Vorsitzender.

Genehmigt
Charlottenburg, d. 30. April 1921.
Oberversicherungsamt Berlin.
(L.S.) von Gottkowski.

Veröffentlicht!
Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Mai d. Js. in Kraft.
Berlin, den 1. Mai 1921.
Allg. Ortskrankenk. Niederbarnim
Neubecker, Vorsitzender

Achtung! Achtung!

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin

Freitag, den 13. Mai 1921, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4

Außerordentl. General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Referate Amsterdam — Moskau
2. Stellungnahme zur Beschickung des Moskauer Gewerkschaftskongresses.
3. Verbandsangelegenheiten.

Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht! — Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Delegiertenkarte.

Die Ortsverwaltung.

Beachten! Unsere Bureaus und Kassen bleiben am Dienstag, den 17. Mai (2. Pfingstfeiertag) geschlossen. **Beachten!**

Groß-Berlin

Ein Kulturbild aus Preußen-Deutschland

Das 8-Uhr-Abendsensationsblatt bringt eine ausführliche Schilderung der Hinrichtung des Massenmörders Schumann, durch die es wohl seinen Lesern das Gruseln beibringen will. Wir geben einige Stellen daraus wieder, einmal, um die geschmackvolle bürgerliche Presse dadurch zu charakterisieren, zum andern aber, um die barbarischen Formen, in denen noch heute die Justiz arbeitet, zu illustrieren. Das Blatt schreibt:

„Vor dem Block stand der Scharfrichter Schwietz aus Breslau im Frack, Zylinder und weißen Handschuhen mit drei Gehilfen. Als Schumann vor dem schwarzen Tisch stand, trat der Staatsanwalt auf ihn zu und fragte ihn: „Sind Sie Friedrich Schumann?“ Schumann antwortete mit einem vernehmlichen „Ja“. Darauf verlas der Staatsanwalt das Urteil. Schumann sei wegen 54 begangener Verbrechen sechsmal zum Tode zu lebenslänglichem Zuchthaus und zu zahlreichen kleineren Nebenstrafen verurteilt worden .... Dann fuhr der Staatsanwalt, zum Scharfrichter, dem er auch die Unterschrift gezeigt hatte, gewendet fort: „Nachrichter, walten Sie Ihres Amtes!“ In diesem Moment hatten die Gehilfen Schumann gepackt, ihm Jacke und Hemd vom Oberkörper gerissen, seine Füße gefesselt und ihn mit dem Kopf über den Richtblock geworfen. Der Scharfrichter hob das schwere Richtbeil (in Frack, Zylinder und weißen Handschuhen!! Red. d. „F.“). Ein kurzer, nicht allzu wuchtig geführter Schlag — und Schumanns Kopf rollte im Sande.“

Unseres Wissens pflegen solche Szenen nicht vor einem Forum von Pressevertretern stattzufinden; wer weiß, durch welche Mauerritze der eifrige Berichterstatter des genannten Blattes gelugt hat.

In Schweden, einer Monarchie, hat die erste und zweite Kammer die Aufhebung der Todesstrafe, dem Beispiel anderer Staaten folgend, beschlossen. In Deutschland, einer angeblich demokratischen Republik, arbeitet die Justiz noch mit den Methoden des Mittelalters. Man gleicht sich der modernen Zeit an, indem man den Scharfrichter durch seinen Anzug gesellschaftsfähig macht; im übrigen aber wird die mittelalterliche Brutalität des Strafvollzuges dadurch nur schlecht verhüllt. Das richtige Bild aus Preußen — Mittelalter mit modernem Kulturfirnis!

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte ständige Ausschuß zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge mühte sich auch in seiner gestrigen Sitzung ab, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um einer großen Zahl von Arbeitslosen Beschäftigung auf städtischen Bauten zu verschaffen, ohne zu Beschlüssen zu kommen. An der Besprechung nahmen auch Vertreter der Bauverwaltung teil. Ausgehend von dem Grundsatz, nur solche Bauten durchzuführen, die unmittelbar dringend und produktiv sind, dagegen Arbeiten, wie die zur Herstellung eines Notauslasses zurückzustellen, wurden von der Leitung des Tiefbaues bemerkenswerte Mitteilungen über das fernere Schicksal des Baues der Nordsüdbahn gemacht. Danach sind für den Bau dieses Schnellbahnunternehmens, in den schon 160 Millionen hineingesteckt sind, insgesamt noch 525 Millionen erforderlich. Durch die in Aussicht stehende Hilfsmaßnahme des Reiches sollen der Stadt 125 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Verhandlungen stehen vor dem Abschluß; der Vertragsentwurf wird der Stadt in den nächsten Tagen zugehen. 175 Millionen sollen auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge gehen, 375 Millionen durch Anleihe gedeckt werden, die als Hypothek auf das Unternehmen eingetragen wird. 9000 Arbeiter würden dadurch längere Zeit Beschäftigung finden. Es ist zu hoffen, daß der Bau der Nordsüdbahn in 1½ Jahren fertiggestellt werden kann, so daß unter diesen Umständen der Bahnbetrieb etwa Weihnachten 1922 würde eröffnet werden können. Reich und Staat fordern bei Hergabe ihres Zuschusses, daß durch mangelnde Baueinrichtungen keine Gefährdung des Unternehmens eintritt.

Auch von der Leitung der Hochbauverwaltung wurden eingehende Mitteilungen über die schwebenden Bauaufgaben der Stadt gemacht. Mit dem Bau der Kleinhaussiedlung in der Jungfernheide wird voraussichtlich in den nächsten Wochen begonnen werden können. Beim Krankenhaus Moabit soll der Bau der beschlossenen beiden mehrstöckigen Pavillone gleichfalls in einigen Wochen in Angriff genommen werden. An sonstigen Bauten fehle es in dem neuen Berlin nicht; im Gegenteil: die früheren Vororte hätten Bauten angemeldet, für die leider nicht das Geld zur Verfügung stehe. Hierüber wurden zahlenmäßige Uebersichten gegeben, die durch eine Rundfrage bei den Bezirksämtern vervollständigt werden sollen. Vor allem wurde empfohlen, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe durch geeignete Maßnahmen zur Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten an Wohnhäusern zu beheben.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Funktionärkonferenz findet am Donnerstag, abends 7 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseestraße, statt. — Die Distriktsleiter werden gebeten, den Funktionären Ausweise auszustellen.

Die Geschäftsleitung.

Gegen die Schundliteratur

Der Groß-Berliner Ausschuß zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur ist mit wachsendem Erfolge bemüht, gegen eine der unerfreulichsten und schädlichsten Zeiterscheinungen: die ständig anschwellende Flut der sittlich minderwertigen, auf die niederen Instinkte der jugendlichen Leser berechneten literarischen Erzeugnisse gewissenloser, auf den Profit bedachter Leute sowie gegen üble Auswüchse des Kinowesens zu Felde zu ziehen. Nunmehr hat der genannte Ausschuß in Verbindung mit den Jugendschriften-Ausschüssen Groß-Berlins eine zuverlässige und vollständige Liste der gegenwärtig in Groß-Berlin vertriebenen billigen Schundheftreihen herausgegeben. Außerdem hat der Groß-Berliner Ausschuß ein Verzeichnis guter billiger Bücher für unsere gesamte Jugend anfertigen lassen.

Die Verzeichnisse sollen den Elternbeiräten und Lehrerkreisen sämtlicher höherer Lehranstalten, Mittel- und Volksschulen von Groß-Berlin zugänglich gemacht werden, damit jeder Erziehungsberechtigte darüber unterrichtet ist, welche Bücher nicht in den Besitz unserer Kinder gehören und welche der heranwachsenden Jugend ohne Bedenken in die Hand gegeben werden dürfen. Die beiden Verzeichnisse sind zum Preise von 30 Pfg. pro Stück im Städtischen Jugendpflegeamt, Neue Friedrichstr. 80, Zimmer 55, erhältlich. Der Abgabe des Verzeichnisses guter Bücher an Schüler und Schülerinnen steht nichts im Wege.

Das Bücherankaufverbot für die Stadtbibliothek

(**) Ein Antrag, der schon den Verwaltungsbezirk Mitte beschäftigt hat, ist jetzt auch von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion eingebracht worden. Der Magistrat wird darin ersucht, seinen Beschluß, durch den der Bücherankauf für die Berliner Stadtbibliothek untersagt ist, aufzuheben. — Dieses Ankaufsverbot besteht schon seit dem November 1920 nicht nur für die Stadtbücherei, sondern auch für alle Volksbüchereien der Stadtgemeinde. Das Verbot hat die Anschaffung neuer Literatur für die Stadtbücherei gänzlich stillgelegt. Das ist um so mehr zu bedauern, als die Stadtbücherei in ihren neuen Räumen im Marstall sich steigenden Besuches zu erfreuen hat. In den letzten Monaten sind nicht weniger als 5000 Lesekarten ausgegeben worden. Zur weiteren Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Kulturanstalt Berlins sollten, soweit es irgendmöglich ist, Mittel bereitgestellt werden.

Erwerbslosenfürsorge für Angehörige Verhafteter

(**) Der Reichsarbeitsminister hatte früher den Standpunkt vertreten, daß Personen, die in Untersuchungs- oder Strafhaft genommen sind, für die Erwerbslosenunterstützung nicht in Frage kommen, da bei ihnen die Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme nicht vorliegt, und daß daher den Angehörigen Familienzuschläge nicht gewährt werden können. Sind jedoch Familienangehörige einer in Haft befindlichen Person infolge längerer Dauer der Haft auf Erwerbstätigkeit angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, so wird jetzt nach einem neueren Bescheid des Reichsarbeitsministers anders verfahren. Diesen Personen wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine sofortige Arbeitsaufnahme oftmals unmöglich sein. Gelingt es ihnen trotz längerer Bemühungen nicht, eine geeignete Arbeit zu finden, so sollen die Träger der Erwerbslosenfürsorge im Einzelfalle prüfen, ob und von welchem Zeitpunkt ab die Arbeitslosigkeit überwiegend als Kriegsfolge anzusehen und die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren ist.

Jugendradler

Um den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, welche im Besitze eines Fahrrades sind, Gelegenheit zu bieten, im Kreise von gleichgesinnten Jugendlichen den Radsport zu pflegen, die Schönheiten der Natur kennen zu lernen; veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ besondere Ausfahrten der Jugendradler. Alle besonders sehenswerten Punkte der Mark, sollen in diesem Sommer besucht werden. Außerdem wird Unterricht gegeben in sachgemäßer Behandlung des Fahrrades und Ausführung kleinerer Reparaturen.

Als besondere Veranstaltungen dieses Jahres finden für die Jugendradler und -radlerinnen Ferienwanderfahrten statt. Vom 16. bis 24. Juli eine Schülerwanderfahrt nach dem Werbellin-See, voraussichtliche Kosten 50 M. Vom 31. Juli bis 7. August eine Lehrlings- und Jugendwanderfahrt nach Mecklenburg, voraussichtliche Kosten 150 M. Weitere Angaben hierzu erfolgen noch später.

Presse-Kommission. Nächste Sitzung Donnerstag, 6½ Uhr. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

(**) **Die Neuordnung der „Kriegsbeschädigtenabteile“** auf den Strecken der Eisenbahndirektion Berlin ist nunmehr fast auf allen Strecken durchgeführt, so daß fast alle Züge an Stelle der drei hintereinanderliegenden Abteile des ersten, bzw. letzten Wagens, nunmehr zwar nur noch zwei Abteile für Schwerkriegsbeschädigte führen, die jedoch durch ihre Lage leicht aufzufinden sind. Das erste Abteil vor und hinter den Wagen der 2. Klasse, die stets an der gleichen Stelle der Züge laufen, sind durch rote Schilder mit weißer Schrift als für Schwerkriegsbeschädigte bestimmt gekennzeichnet. Zum Schutze der Schwerbeschädigten hat die Eisenbahnverwaltung besondere Ausweise für die Schwerkriegsbeschädigten eingeführt, auf Grund deren der Kriegsbeschädigte die Räumung eines Platzes in diesem Abteile verlangen kann, falls Plätze von gesunden Reisenden in dem Abteile eingenommen worden sind. Die Beamten auf den Bahnhöfen aber sind angewiesen worden, sich der Unterbringung der Kriegsbeschädigten in diesen Abteilen besonders anzunehmen.

Eine blutige Eifersuchtstragödie spielte sich Montag vormittag im Hause Holtzendorffstraße 20 in Charlottenburg ab. Der Arbeiter Gustav Pagel aus Spandau, Plantage 1, besuchte seine Braut, die 27jährige Arbeiterin Johanna Moldenhauer, und streckte sie nach einer heftigen Eifersuchtsszene durch einen Revolverschuß zu Boden. Dann richtete er die Waffe auf sich selbst und tötete sich mit einem Schuß in den Kopf. Während man die schwerverletzte [illegible] Kaiser-Friedrich-Straße schaffte, übergab man die Leiche des Pagel dem Schauhause.

(**) **Der Mord im Gefängnis.** Zu einer Nachtsitzung des Schwurgerichts gestaltete sich die Verhandlung gegen die des Mordes an dem Aufseher Brühl von der Militärarrestanstalt Köpenick angeklagten Matrosen Paul Sattler und Willi Stopen. Nach einer bis in die zweite Morgenstunde dauernden Verhandlung wurden die Angeklagten nur wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und schweren Diebstahls zu je 6 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wer ist der Tote? Aus dem Schiffahrtskanal gelandet wurde gestern am Norduser in der Nähe der Seestraßenbrücke die Leiche eines unbekannten Mannes, die kaum mehr als einen Tag im Wasser gelegen haben kann. Sie wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Tote ist etwa 40 bis 50 Jahre alt und 1,75 Meter groß, kräftig gebaut, hat graues, volles Haar und einen blonden Schnurrbart und trug einen schwarzgrauen Anzug, einen braunen Hut mit schwarzem Band, einen lila Schlips, graue Strümpfe und schwarze Schnürschuhe.

Der Raubmord bei Strausberg. Der Mörder des Zimmerers Werner, der Arbeiter Max Rohde, blieb bei seiner gestrigen eingehenden Vernehmung dabei, daß er es nicht auf eine Beraubung seines Opfers abgesehen, vielmehr in der Notwehr gehandelt habe. Seine Darstellung entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Als Zeugen sind die Frau und der Sohn des Ermordeten, die von dem Manne getrennt lebten, vernommen worden. Sie sagen aus, daß dieser über ungefähr 800 Mark verfügt habe. Die Brieftasche und das Geld sind aber verschwunden. Ebenso fehlt die Uhr nebst Kette. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Täters wurden Uhr und Kette wiedergefunden. Diese wurden von Frau Werner und dem Sohne als Eigentum des Ermordeten wiedererkannt. Rohde aber bleibt dabei, daß es seine Uhr sei. Diese Tatsachen sprechen dafür, daß es sich um einen Mord handelt, den Rohde begangen hat, um sich des Geldes und der Wertsachen seines Vetters zu bemächtigen.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(6. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Peter kaufte die Morgenausgabe der „Times“, las darin eine ganze Seite über die Züchtigung der Roten, die als eine heldenhaft erfüllte patriotische Pflicht hingestellt wurde. Dies tröstete Peter ein wenig. Er las den Leitartikel, der ein Triumphgeheul war. Peters Gewissen begann sich wohler zu fühlen, und da er noch etliche Interviews mit hervorragenden Mitbürgern las, die das Vorgehen der „Vigilanz-Gesellschaft“ mit warmen Worten lobten, begann sich Peter bereits seiner Schwäche zu schämen und war froh, daß er sie niemandem gegenüber ausgesprochen hatte. Peter strebte an, nach Möglichkeit ein „männlicher“ Mann, ein hundertprozentiger reinblütiger Amerikaner zu werden. Er hatte ja auch zweimal täglich die „Times“, um ihn zu führen, zu ermutigen und zu inspirieren.

Mc Givney hatte Peter geraten, er möge sich als einer der Opfer der vergangenen Nacht hinstellen. Dies kitzelte seinen Sinn für Humor. Er schnitt sich auf einer Seite des Kopfes die Haare ab, legte Watte auf die Stelle, klebte darüber Pflaster. Ein zweites Stück Pflaster kam schräg über die Stirne, ein drittes kreuzweise auf die Wange. Dann band er noch sein eines Handgelenk ein, als sei es ausgerenkt worden. Derart ausgestattet begab er sich nach dem American House. Mc Givney empfing ihn mit herzlichem Lachen, gab ihm neue Anweisungen, die Peters Seelenruhe wieder völlig herstellten. Peter solle abermals den Olymp besteigen.

Der rattengesichtige Mann erging sich in Erklärungen. Es gab eine äußerst reiche Dame — sie stand sogar im Ruf, eine vielfache Millionärin zu sein —, die sich öffentlich als Rote, als Pazifistin der ärgsten Abart bekannte. Seit der Verhaftung des jungen Lackman war sie in die Oeffentlichkeit getreten, hatte Geld für den „Volks-Rat“, die „Antidienstpflicht-Liga“ und andere derartige Verbindungen gegeben, die der Bequemlichkeit halber als „prodeutsch“ bezeichnet wurden. Leider verhinderte der Reichtum der Dame, ihr etwas anzuhaben. Ihr Mann war Direktor in etlichen von Ackermans Banken und hatte einflußreiche Beziehungen. Der Mann war ein wilder Anti-Sozialist, ein Zeichner von Freiheitsanleihen; er tritt furchtbar mit seiner Frau, doch wollte er sie dennoch nicht im Gefängnis sehen, und weder die Polizei, noch die Staatsanwaltschaft gelüstete es, einen der Hofherren des Finanzkönigs zu belästigen. „Trotzdem muß etwas geschehen“, sagte Mc Givney. „Die vermummte deutsche Propaganda kann nicht länger geduldet werden.“ Peter solle Frau Gott zu einer „direkten Aktion“ verleiten.

„Frau Gott?“ fragte Peter. Es deuchte ihn ein seltsamer Zufall, daß eine der Bewohnerinnen des Olymps diesen Namen trage. Die große Dame wohnte auf einem Hügel außerhalb der Stadt, nicht weit von Nelse Ackermans Besitz entfernt. Bedürftige Rote und Pazifisten pflegten zu ihr zu pilgern und ihre Not mit Banknotenpflastern zu verkleben. Nun solle Peter hingehen, gebot Mc Givney. Peter hatte viele Wunden, die verklebt werden müßten. Frau Gott würde über die Vorfälle der vorhergehenden Nacht empört sein und sicherlich kein Blatt vor den Mund nehmen. Peter freute sich der neuen Aufgabe und bestieg eine Tram.

62.

Seit dem Tage, da er auf den jungen Lackman gewartet, hatte Peter keine derartige Aufregung verspürt. Er hatte sich den Mißerfolg niemals verziehen, hoffte, ihn heute wieder gut zu machen. Er wanderte etliche Meilen auf der Landstraße dahin, stieg durch herrliche Haine und italienische Gärten den Hügel hinan, zum Palast.

Peter war heiß und verstaubt vom langen Gang, der Schweiß war ihm über das Gesicht geflossen, hatte die Weiße der Pflaster geschwärzt. In seinen besten Augenblicken war er kein vornehm aussehender Mensch, jetzt, den zerrissenen Strohhut in den Händen, glich er einem Vagabunden. Die französische Zofe jedoch, die ihm öffnete, schien an seltsame Besucher gewöhnt. Sie gebot Peter nicht, zum Dienerschaftseingang zu gehen, noch drohte sie ihm mit den Hunden, sagte bloß: „Bitte, setzen Sie sich. Ich werde Madame benachrichtigen.“

Bald darauf erschien Frau Gott, gleichsam in einer Wolke olympischer Wohltätigkeit. Sie war eine breite, starke Dame, eignete sich prächtig für die Rolle einer Göttin. Peter fühlte sich jählings bestürzt. Wie hatte er es gewagt, herzukommen? Weder im Hotel de Soto mit all den Gottheiten, noch im Palast Nelse Ackermans, des Königs, hatte er sich derart klein und niedrig gefühlt, wie in der Gegenwart dieser gelassenen, sich langsam bewegenden großen Dame. Sie war die Verkörperung des Ueberflusses, war das „Echte“. Trotz dem gütigen Blick der blauen Augen erweckte sie in ihm den Eindruck erdrückender Ueberlegenheit. Er wußte nicht, daß es seine Pflicht als Gentleman sei, aufzustehen, wenn eine Dame das Zimmer betritt, dennoch trieb ihn ein Instinkt auf die Füße, veranlaßte ihn, stehend zu verharren, mit blinzelnden Augen zu ihr hinzublicken, da sie das Zimmer durchschritt.

„Guten Tag“ sagte sie mit leiser, voller Stimme und blickte ihn mit den großen gütigen Augen an.

Peter stammelte: „Gu—uten Ta—ag, Frau Gott.“

Peter war schier betäubt vor Staunen. War es tatsächlich möglich, daß diese vornehme Persönlichkeit eine Rote war? Was ihn bei den Sozialisten am meisten abgestoßen hatte, war ihr lärmendes Wesen, ihre Arroganz gewesen, hier jedoch fand er milde Gelassenheit in Wort und Blick, eine leise, weiche Stimme — Schönheit, eine feine Haut, runzellos, obgleich die erste Jugend vorbei war. Auch Nell Doolin hatte prächtige Farben, doch lag das Puder fingerhoch auf ihren Wangen, und wenn man sie genau betrachtete, fand man schmutzige Flecken am Hals und unter dem Haar. Frau Gotts Haut glänzte, wie die Haut einer Göttin zu glänzen hat, alles an ihr war von herrlichem göttlichem Ueberfluß. Peter hätte nicht zu sagen vermocht, weshalb sie bei ihm diesen Eindruck hervorrief. Sie trug wenig Schmuck, keine großen Edelsteine, Frau James hatte schönere Juwelen, es war auch nicht das zarte Parfüm; — Nell Doolin verbreitete um sich süßeren Duft. Dennoch merkte sogar der arme unwissende Peter den Unterschied — ihm deuchte, Frau Gotts prächtige Gewänder würden heute zum erstenmal getragen, die herrlichen Teppiche auf dem Boden würden zum erstenmal von Füßen betreten, der Stuhl, auf den sie sich niederließ, würde zum erstenmal benützt.

Die kleine Ada Ruth hatte einmal Frau Gott „die Mutter der ganzen Welt“ genannt, nun wurde sie jählings auch Peter Gudges Mutter. Sie hatte bereits die Morgenzeitungen gelesen, etliche Telegramme von empörten, tobenden Roten erhalten, so daß wenige Worte genügten, um ihr die Bedeutung von Peters Verband und den Pflastern zu erklären. Sie streckte ihm eine schöne kühle Hand entgegen, die großen blauen Augen füllten sich mit Tränen. „Sie sind auch einer von den armen Jungens! Gott sei Dank, daß Sie nicht getötet wurden.“ Sie führte ihn zu einem weichen Sofa, zwang ihn, sich zwischen die seidigen Kissen zu legen. Peters olympischer Traum war zur Wahrheit geworden. Ihn deuchte, er würde, wenn Frau Gott bereit wäre, ihm gegenüber ständig die Rolle der Mutter zu spielen, gerne seine Arbeit als Antiroter-Agent mit ihren Gefahren und Aufregungen aufgeben, würde die Pflicht, das Ringen und die Sorgen der Welt vergessen, sich den Lotusessern anschließen, den Nektartrinkern des Olymps.

(Fortsetzung folgt.)

Förderung des Wohnungsbaues / Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Annahme sämtlicher sozialistischer Anträge durch die Groß-Berliner Stadtverordneten

Förderung des Wohnungsbaues und Minderung der erschreckend hohen Arbeitslosenziffern in Groß-Berlin, das bezweckten die Anträge der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit, die gestern bei umfangreicher Tagesordnung im Roten Hause zur Verhandlung standen und gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen wurden. Der Magistratsantrag war besonders unseren Genossen nicht weit genug gehend. Ein anderer Antrag unserer Fraktion, der ebenfalls von der geschlossenen Linken angenommen wurde, verpflichtete die Tiefbau-Unternehmer, die im Baugewerbe üblichen Löhne zu zahlen. Die Bezahlung der Technischen Nothilfe für Arbeiten während des Streikes der Tiefbauarbeiter, soll vom Magistrat abgelehnt werden. — Eine Einheitsfront der Berliner Stadtverordnetenversammlung bildete sich bei einem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Reichsregierung zu ersuchen, von einer Erhöhung des Vorortstarifes der Eisenbahnen Abstand zu nehmen.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung gelangte zunächst ein dringlicher Antrag des **Dr. Caspari** (D. Vpt.) zur Annahme, wonach der Magistrat ersucht werden soll, schleunigst eine Vorlage betr. **Schaffung einer Schiedsstelle beim Magistrat, zur Entscheidung bei Unstimmigkeiten bei den Bezirksämtern,** zu machen.

Zur Beratung stehen sodann mehrere Anträge, die sich auf den

Streik der Tiefbauarbeiter

und die Löhnung der Tiefbauarbeiter beziehen.

Krause (U. S. P.): Seit einigen Wochen befinden sich die Tiefbauarbeiter im Streik. Durch das rigorose Verhalten der Unternehmer erwächst der Stadtgemeinde Berlin enormer Schaden. Die Arbeiter, die bisher einen Stundenlohn von 6 M. hatten, fordern nunmehr einen solchen von 6,85 M. Die Kommune hat dafür Sorge zu tragen, daß die Unternehmer, die im Auftrage der Stadt Arbeiten ausführen, ihren Arbeitern die geforderten Löhne zahlen. Wir fordern, daß die Versammlung beschließt, daß in allen Fällen, in denen sich die Unternehmer weigern, die geforderten Löhne zu zahlen, die Arbeiten in städtische Regie übernommen werden. Die Kommune ist des weiteren verpflichtet, angefangene Bauarbeiten fortzuführen. Wenn gesagt wird, daß kein Geld vorhanden ist, dann ist auf die Regierung ein entsprechender Druck auszuüben. **Um der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu steuern, ersuchen wir die Stadtverordnetenversammlung, die zur Fortführung angefangener Bauarbeiten notwendigen Gelder zu bewilligen.** Des weiteren fordern wir, zu beschließen, daß auch die **Kultivierungsarbeiten in den Oedländereien** weitergeführt werden. Die Kommune ist für die furchtbaren Verhältnisse in den Kreisen der Arbeitslosen mitverantwortlich und hat nach jeder Richtung hin nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Arbeitslosigkeit in Berlin einzuschränken.

Kestel (V. K. P. D.) begründet einige Anträge seiner Fraktion. Ferner wird beantragt, sofort die Mittel zur Weiterführung der **Arbeiten am Zentralviehhof in Rudow** bereitzustellen und die stillgelegten **Notstandsarbeiten der Untergrundbahn und der Hafenanlagen in Neukölln** sofort im vollen Umfange wieder aufzunehmen, um die drohende Gefahr des Einsturzes und der Unterspülung der bereits fertiggestellten Sohle zu verhindern.

Von den Stadtv. **Dr. Weyl u. Gen.** (U. S. P.) ist folgender Antrag gestellt worden: **„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die von ihm beschäftigten Tiefbauunternehmer zu verpflichten, die im Baugewerbe üblichen Löhne zu zahlen und die Bezahlung nur während des Streiks der Tiefbauarbeiter eingesetzten technischen Nothilfe abzulehnen, weiter aber auch die Aptierungsarbeiten in Schönow und der Kanalisationsarbeiten in der Reinickendorfer Straße fortzuführen".**

Sämtliche Anträge der sozialistischen Parteien wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Der Magistrat unterbreitet der Versammlung eine Vorlage betr. die Schaffung eines Direktors für **Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen.**

In Verbindung hiermit steht eine ganze **Anzahl von Anträgen** aus der Mitte der Versammlung.

Ein Antrag **Otto u. Gen.** (Dem.) betrifft die gesamte Siedlungs- und Wohnungswirtschaft.

Die Stadtv. **Gäbel u. Gen.** beantragen die **Nutzbarmachung leerstehender Kasernen** für Wohnzwecke.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben gemeinschaftlich eine lange Reihe von Maßnahmen zusammengestellt, deren unverzügliche Ergreifung sie zur **Organisation des Wohnungs- und Siedlungswesens und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Behebung der Wohnungsnot** beantragen.

Ferner beantragen **Dr. Weyl u. Gen.** (U. S. P.):

Grundsätzlich sollen bei allen Vergebungen von Hoch-, Tief-, Erd- und Betonbauarbeiten durch die Stadtgemeinde und die Verwaltungsbezirke Angebote der Neuköllner Stadtbaugesellschaft und der sozialen Baubetriebe und Bauhütten eingefordert werden.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion lautet:

Die Versammlung ist mit der Schaffung der Stelle eines Generaldezernenten für das Wohnungs- und Siedlungswesen einverstanden, der die Amtsbezeichnung

„Generaldirektor für Wohnungs- und Siedlungswesen"

führen soll. Um eine wirklich hervorragende Persönlichkeit zu gewinnen, soll eine öffentliche Ausschreibung der Stelle erfolgen. Die Festsetzung des Gehalts bleibt der Vereinbarung vorbehalten. Die Anstellung soll vorläufig durch Privatdienstvertrag, mit der Aussicht auf lebenslängliche Anstellung bei Bewährung, erfolgen.

Bei der Ausschreibung ist die Bedingung zu stellen, daß die Bewerber organisatorische, verwaltungstechnische und volkswirtschaftliche, sowie besonders bauwirtschaftliche Befähigung und Kenntnis der Wohnungsgesetzgebung besitzen.

Nach der Magistratsvorlage selbst soll dieser „Stadtbaudirektor" Leiter des der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen unmittelbar unterstehenden, neuzubildenden Zentralamts für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen, sowie stimmberechtigtes Mitglied der Deputation und des Ausschusses für das Siedlungs- und Kleingartenwesen sein.

Hüttchen (D. Vp.) beantragt, diesen Antrag und ebenso den Antrag Weyl u. Gen. einem besonderen Ausschusse zu überweisen.

Dr. Herz (U. S. P.): Die Vorlage des Magistrats und die Anträge zeigen die Erkenntnis von der Notwendigkeit der schleunigen Förderung des Siedlungs- und Wohnungswesens in der neuen Stadtgemeinde. Voraussetzung dafür ist eine **organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen Arbeitsgebiete in der Verwaltung.** Wir wollen, daß nicht nur die Gebiete organisatorisch zusammengefaßt werden, die mit der Neubautätigkeit zusammenhängen, sondern alle Gebiete, die mit dem Wohnungswesen und Mieterschutz verknüpft sind. Also dem Generaldezernenten sollen auch Wohnungsamt und Mietseinigungsämter unterstellt werden, selbstverständlich unter ihrem Direktor. Die Vorlage des Magistrats weist hierfür nicht den richtigen Weg, sie erweckt den Eindruck, als ob die Aufgabe des Generaldezernenten als eine mehr **künstlerische** anzusehen ist. Das Wohnungsproblem ist aber insbesondere in Berlin ein **wirtschaftliches, organisatorisches und verwaltungstechnisches Problem.** Das Künstlerische tritt vollkommen in den Hintergrund. Das Künstlerische ist Aufgabe der freien Architekten und Städtebaukünstler und nicht angestellter Beamter.

Die Zusammenfassung der Gebiete zu einer Verwaltungseinheit soll eine

Lösung der Wohnungsfrage und Milderung der Arbeitslosigkeit

herbeiführen.

Unser Antrag geht über die Vorlage des Magistrats hinaus, er enthält aber trotzdem die Hauptgesichtspunkte, die bei der Lösung der Wohnungsfrage unumgänglich sind. Wir fordern eine **Einschaltung der sozialen Baubetriebe.** Unser weiterer Antrag ist eine Ergänzung dieses Gesichtspunktes. Die sozialisierten Baubetriebe verbilligen das Bauen. Sie sind in Berlin noch nicht so entwickelt, daß sofort alle städtischen Bauten durch sie ausgeführt werden können. Deshalb fordern wir mindestens überall die **Einschaltung ihrer Konkurrenz.** Dies ist im Hinblick auf die riesigen **Submissionsschwindel** und die ungeheuerliche Uebervorteilung der Stadt ganz besonders notwendig.

Wir fordern ferner folgende Maßnahmen, die sofort wirksam sind: **Schärfere Erfassung des verfügbaren Wohnraumes; Freimachung von Wohnungen, die für gewerbliche Zwecke benutzt werden.** Vor allem aber

beschleunigte Inangriffnahme von Neubauten,

um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Dr. Holz (S. P. D.) empfiehlt die Anträge der Linken und hält eine Beratung in einem Ausschusse nicht für erforderlich. Auch der Antrag Gäbel ist durchaus angebracht, soweit er darauf hinzielt, Bureauräume für Reichsbehörden, die noch in Privathäusern untergebracht sind, in Kasernen zu verlegen.

Stadtrat **Wutzky** bittet, die Vorlage des Magistrats möglichst schnell zu verabschieden und die dazu gestellten Anträge einem Ausschusse zu überweisen. Was die Benutzung der Kasernen zur Abhilfe der Wohnungsnot betrifft, so hat der Magistrat fortgesetzt dem kräftigen Drängen des Wohnungsausschusses Folge gegeben, leider aber ohne jeden Erfolg bei den Reichsbehörden. Der Vorwurf, daß die Schaffung der verschiedenen Generaldirektoren, zur Unterstützung der Dezernenten, auf die mangelnde Fähigkeit der Magistratsmitglieder zurückzuführen sei, sei völlig abwegig.

Schubert (Dem.): Meine Freunde stimmen der Vorlage im allgemeinen zu und hoffen, daß wir noch ausführlich Gelegenheit haben werden, uns über die Person des Auszuwählenden zu unterhalten. Eine Ausschreibung ist dringend notwendig.

Dörr (Komm.) ist für Annahme der Magistratsvorlage und des Antrages Heimann, Weyl u. Gen. Weiter verlangt er die Annahme seines Antrages betr. Nutzbarmachung der Kasernen.

Unter Ablehnung des Antrages auf Ausschußberatung wurden die Magistratsvorlage und die Anträge zur Behebung der Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit usw. (Anträge Heimann, Weyl u. Gen. sowie Gäbel) angenommen. Ferner gelangte ein Antrag des Stadtverordneten **Otto** (Dem.) zur Annahme, in dem gefordert wird: „eine restlose Zusammenlegung aller für eine vorausschauende Siedlungs- und Wohnwirtschaft Berlins unentbehrlichen Arbeitsgebiete — Siedlungswesen mit Bebauungsplan und Vermessungswesen, Kleingarten- und Freiflächenwesen, Bauordnung und Baupolizei, Wohnungswesen, Grundstücksverwaltung — sofort herbeizuführen; ferner: unverzüglich alle Maßnahmen in die Wege zu leiten, die auf eine sofortige Vorbereitung für die neue Bauperiode und eine rationelle Erfassung und Verteilung des verfügbaren Wohnraumes abzielen."

Eine Vorlage des Magistrats betrifft die

Bildung einer einheitlichen Bezirksschuldeputation

und eines einheitlichen Bezirksschulausschusses für die Verwaltungsbezirke 1—6.

Nach langer, teils erregter Erörterung wird unter Ablehnung eines Antrages auf Ausschußberatung, die Magistratsvorlage mit einer von sozialdemokratischer Seite beantragten Abänderung, angenommen.

Ein Antrag, der von sämtlichen Parteien eingebracht und einstimmig angenommen wurde, beauftragt den Magistrat, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und diese zu ersuchen, von

einer Tariferhöhung der Vorortbahnen

Abstand zu nehmen.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen wurde die öffentliche Sitzung 9¼ Uhr geschlossen.

Aus den Organisationen

Mittwoch, 11. Mai

4. Distrikt. Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Abteilung bei Vogel, Brixer Str. 40; 2. Abteilung bei Wagner, Kottbuser Str. 19; 3. Abteilung bei Timpe, Adalbert-, Ecke Naunynstraße; 4. Abteilung bei Laufer, Lausitzer Str. 25; 5. Abteilung bei Hansel, Grünauer Str. 17, Vortrag des Genossen Zubeil; 6. Abteilung (Stadtbezirk 110) bei Liebig, Wiener Str. 57a; 7. Abteilung bei Henke, Reichenberger Str. 90; 8. Abteilung bei Kranz (fr. Wollschläger), Adalbertstr. 21, Vortrag; 9. Abteilung bei Freudiger, Pücklerstr. 39, Vortrag des Gen. Ulmer; 10. Abteilung bei Tamaschke, Wrangelstr. 104; 11. Abteilung bei Blum, Falkensteinstr. 49; 12. Abteilung bei Konnebeck, Skalitzer Str. 50c; 13. Abteilung bei Eichholz, Cuvrystr. 23, Schrenk, Wrangelstr. 70, Mertens, Schlesische Str. 20. „Freiheit"leser sind dazu ebenfalls eingeladen.

5. Distrikt, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Zahlabend der Bezirke Krüger, Schmidt, Johns bei Sauer, Alexandrinenstr. 119-120; der Bezirke Kohlschmidt, Bulle, Israel bei Keller, Wasserkorkstr. 71.

6. Distrikt, 5. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Pawelcik, Jollystr. 7.

7. Distrikt, 1. Abteilung. Abends ½8 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Seidel, Caprivistr. 20.

8. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend in der Schule Petersburger Str. 4, Zimmer 6, part.

8. Distrikt, 6. Abteilung. Die Zahlabende finden in folgenden Lokalen statt: 1. Boga, Schreinerstr. 7; 2. Loepper, Rigaer Str. 85, Ecke Proskauer Straße; 3. Rotroff, Rigaer Str. 95.

8. Distrikt, 7. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung im Turnsaal der 218. Gemeindeschule Petersburger Platz 3.

9. Distrikt. Die Abteilungsleiter stellen den Funktionären heute Abend die Ausweise für die allgemeine Funktionärversammlung aus. — Zeitungskommissionsmitglieder sind umgehend zu melden. Anträge zur Generalversammlung sofort an den Distriktsleiter weiterreichen.

10. Distrikt, 2. Abteilung, Bez. 499—519. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend in der Schulaula Schwedter Str. 232.

11. Distrikt, 8. Abteilung. Abends 7 Uhr Zahlabend bei Svenson, Ziegelstr. 13.

6. Verwaltungsbezirk (Hallesches Tor). Die Fraktionssitzung findet nicht um 7 Uhr, sondern um 5 Uhr statt.

7. Verwaltungsbezirk (Charlottenburg), 8. Gruppe. Abends 7 Uhr Zahlabend bei Gladigau, Nürnberger Str. 24. Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Löwenstein; 2. Verschiedenes.

15. Verwaltungsbezirk (Abt. Niederschönweide). Abends 7½ Uhr Abteilungsversammlung bei Blüß, Britzer Str. 17. Vortrag, Geschäftliches, Neuwahlen und Verschiedenes.

Neukölln. Bezirksversammlungen. 1. Bezirk bei Kirste, Schinkestr. 12. 2. Bezirk bei Ribbe, Hobrechtstr. 9. 17. Bezirk bei Kephamel, Thomas- Ecke Boisestr. 18. Bezirk bei Hürtler, Prinz-Handjery-Str. 34.

Neukölln. Abends 7 Uhr in sämtlichen Bezirken Bezirksversammlungen in den bekannten Bezirkslokalen. Bezirkslokal für den 6. Bez.: Schlitt, Elbe-, Ecke Kaiser-Friedrichstraße; 21. Bezirk bei Heide, Weserstr. 8; 4. Bezirk bei Lamm, Caesar-, Ecke Teltstraße; 8. Bezirk in der Sallgarten, Kölnisches Ufer 22-23; 19. Bezirk bei Pflaum, Prinz-Handjery-Str. 55. In sämtlichen Bezirken Vorträge.

Erkner-Friedrichshagen. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Zachow, Seestr. 36. Wichtige Tagesordnung. Vortrag.

Röntgental, Zepernick, Hohrechtsfelde, Schwanebeck. Zahlabend bei Pohle, Röntgental, Siemensstraße.

Charlottenburg, 4. Abteilung. Abends 7½ Uhr Zahlabend bei Liebke, Suarezstraße 4, und bei Tehlen, Kaiser-Friedrich-Str. 45c.

Lichterfelde. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Fleischer, Bäckerstr. 7.

Wittenau. Abends 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen. Wichtige Tagesordnung. Bericht von der Distrikts-Generalversammlung.

Weißensee, 4. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend im Zeichensaal des Realgymnasiums. Erscheinen dringend erforderlich.

Steglitz. Abends 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen. Das Lokal des 1. Bezirks ist verlegt nach Miquel-, Ecke Rothenburgstraße, Restaurant „Zum Storch".

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Zahlabend. Es tagen: Halensee bei Sandmann; Schmargendorf und Grunewald im „Wilden Eber"; 2. und 3. Bezirk bei Schilling; 4. Bezirk bei Dotow. Referenten haben zugesagt.

Geschäftliches

Ungewöhnlich billige Pfingstangebote veröffentlichen die Kleiderwerke Baer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in der Chausseestr. 29-30, in dem heute erschienenen Inserat. Neben Herrenhemden, Herrensocken, Hüten, Beinkleidern und Stoffen werden Damenschlupfhosen, Damenstrümpfe und viele andere Sachen den Lesern der „Morgenkunde" kostenlos bekanntgeben.

Gewerkschaftliches

Der Streik in den Färbereien

In einer überfüllten Streikversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Groß-Berliner Färbereien berichtete die Streikleitung über den Stand des jetzt zwei Wochen währenden Streiks. Am Freitag, den 6. Mai, fand eine Verhandlung mit den Unternehmervertretern statt, bei der eine bessere Regelung der Urlaubsfrage zugestanden wurde. Es sollten statt 6, 9 Tage Urlaub gewährt werden. Jedwede Lohnerhöhung wurde abgelehnt. Am Sonnabend, den 7. d. M., waren drei größere Firmen bereit, eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für sämtliche Kategorien zu bewilligen, die rückwirkend vom 1. April d. J. gezahlt werden sollte. Am gleichen Tage fanden abermals Verhandlungen mit der Unternehmer-Organisation statt. Hier wurden sämtliche gemachten Angebote zurückgezogen. Die drei Firmen erklärten sich jetzt aber nur bereit, die 10 Prozent Lohnerhöhung vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit zu bezahlen. Weiter machten die Unternehmer folgende Vorschläge: Für die Beschäftigten in den Stückfärbereien, Bleichereien, Federfärbereien, Schönfärbereien und chemischen Waschanstalten wird eine Lohnerhöhung abgelehnt, auch sollen nur 6 Tage Urlaub gewährt und drei Tage abgegolten werden. Dieses „Angebot" wurde von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt. Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin fand am Montag, den 9. Mai, eine Verhandlung in einer Sonderkammer des Schlichtungsausschusses statt, in welcher nach langwierigen Verhandlungen der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Reifenstuhl, erklärte, **keinen Schiedsspruch fällen zu können, da alle Arbeitnehmer entlassen sind.** Die Kammer machte folgenden Vergleichsvorschlag: Eine bessere Urlaubsregelung wird abgelehnt. Für die in den Stückfärbereien und Bleichereien Beschäftigten werden 10 Prozent, für die in den Schönfärbereien, den chemischen Waschanstalten Beschäftigten 5 Prozent Lohnerhöhung mit Geltung vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 30. September 1921 gezahlt.

Nach längerer Debatte lehnte die Versammlung in geheimer Abstimmung den Unternehmervorschlag einstimmig ab. Der Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses wurde ebenfalls gegen wenige Stimmen abgelehnt.

An dem Streik sind über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Nachdem die Unternehmer den Kampf heraufbeschworen haben, werden die Arbeiter sich von den brüskierenden Vorschlägen und sonstigen Machenschaften der Unternehmer nicht aus ihrer guten Position drängen lassen. Sie sind gewillt, den Streik solange geschlossen durchzuführen, bis ihre berechtigten Forderungen anerkannt worden sind. Der Kampf geht auf der ganzen Linie weiter!

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Die am 9. Mai in den Kammersälen stattgefundene große Mitgliederversammlung, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Was sagt die Berliner Kollegenschaft zur fristlosen Amtsenthebung des Bevollmächtigten Peter Kaspar durch den Verbandsvorstand? 2. Was sagt die Berliner Mitgliedschaft zu den übrigen Ausschlußgelüsten des Verbandsvorstandes? zeigte einen überfüllten Besuch und nahm einen imposanten Verlauf. Der vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit zusammenberufene Beirat sowohl wie Verbandsausschuß und Verbandsvorstand selber waren in dieser Versammlung anwesend. Nachfolgende Resolution wurde nahezu einstimmig, gegen etwa 30 Stimmen, angenommen:

„Die heute in den „Kammersälen", Teltower Straße, stattfindende große Mitgliederversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem diktatorischen Vorgehen des Verbandsvorstandes. Die Rechte der Mitglieder und der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter werden durch das beabsichtigte Vorgehen des Verbandsvorstandes verletzt und schwer geschädigt. Die Mitgliederversammlung verurteilt das Verhalten des Verbandsvorstandes, welcher der Einladung des russischen Bruderverbandes und der Delegation zu ihrem Verbandstage solchen Widerstand entgegensetzt. Die Versammlung begrüßt die Einladung des Produktionsverbandes der Polygraphischen Gewerbe Rußlands zu ihrem Kongreß sowie die weitere Einladung zum Studium der russischen Gewerkschaftsbewegung und des Polygraphischen Gewerbes im besonderen, begrüßt die angebotene Gastfreundschaft und nimmt die Einladung an. Die Versammlung erwartet, daß zwischen unserem Verbande und der russischen Bruderorganisation freundschaftliche Beziehungen aufgenommen werden und sie beauftragt deshalb den Kollegen Kaspar — das Einverständnis der russischen Bruderorganisation vorausgesetzt — auch jetzt noch dieser Einladung Folge zu leisten. Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen die Ausschlußgelüste des Verbandsvorstandes und weist diese als organisationsschädigend zurück. Die Gefahr der Verbandsspaltung würde damit heraufbeschworen und hält die Versammlung die Einheit und Geschlossenheit der Organisation für dringend notwendig. Die Versammlung spricht der Hamburger Zahlstelle das Recht ab, Ausschlußanträge beim Verbandsvorstand gegen Mitglieder unserer Zahlstelle zu stellen. Die Mitglieder legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß Mitglieder wegen ihrer politischen Parteizugehörigkeit aus dem Verband ausgeschlossen werden sollen."

Eisenbahnwehr

Für die Schaffung einer eigenen Eisenbahnwehr und eines Kartellverhältnisses mit dem Deutschen Beamtenbund beschäftigte sich eine Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Man kam nach eingehender Beratung zu folgenden Beschlüssen: 1. Der deutsche Eisenbahnerverband ist nicht grundsätzlich gegen den Bahnschutz, sympathisiert aber nicht mit den bisher geschaffenen Einrichtungen, die ihren Zweck und Charakter nicht klar erkennen lassen. Zur Klärung der Sachlage sollen Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium herbeigeführt werden. 2. Der erweiterte Vorstand nimmt Kenntnis von den bisherigen Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Deutschen Beamtenbund über die Fassung eines Kartellverhältnisses. In völliger Uebereinstimmung mit seinen 13 im Beamtenverhältnis stehenden Vorstandskollegen erklärt der erweiterte Vorstand: Der vorgelegte Entwurf eines Kartellvertrages ist nicht geeignet, das schwierige Problem zu lösen, weil er keine Rücksicht nimmt auf die Besonderheiten des Eisenbahnbetriebes und die von der Generalkommission bei der Gründung des Deutschen Eisenbahnerverbandes aufgestellten Grundsätze. Außerdem berücksichtigt er auch nicht den Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, der die Einheitsorganisation für das Eisenbahnpersonal anerkennt. Der Deutsche Eisenbahnerverband kann deshalb sein Einverständnis zur Schaffung eines Kartellverhältnisses nur erklären, wenn das Personal der Verkehrsbetriebe, besonders aber das Reichseisenbahnpersonal, nicht auseinandergerissen wird.

Der Streik im Nahrungsmittelgroßhandel. Am gestrigen Tage fand eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt, welche von Amts wegen anberaumt [illegible] fällte, wonach ein Lohnsatz von 288 M. für Kutscher, Chauffeure usw., für Lagerarbeiter, Wächter, Kassenboten usw. 278 M. und für Arbeiterinnen 170 M., rückwirkend vom 1. Mai d. J. ab, zu zahlen ist. Es bedeutet dies eine Lohnzulage von 18 M., 13 M. und 10 M. pro Woche. Eine am gleichen Abend stattgefundene, sehr gut besuchte Versammlung der Streikenden nahm diesen Schiedsspruch an. Die Verhandlungskommission der Arbeitgeber erklärte vor dem Schlichtungsausschuß, daß sie bei ihren Mitgliedern für Annahme dieses Schiedsspruches eintreten werde. Die Versammlung beschloß — gegen eine kleine Minderheit — am heutigen Tage früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Preußischer Landtag

20. Sitzung, Dienstag, den 10. Mai 1921

Das Haus erledigt zunächst **Kleine Vorlagen.**

Abg. Frau **Dr. Wagscheider** (Soz.) fragt an, ob dem Staatsministerium die 1920 erschienene Neuauflage des Lesebuchs für die Rheinprovinz mit ihren völlig veralteten politischen Darstellungen des „Kaiserreichs" Deutschland und des „Königreichs" Preußen bekannt sei. Was soll geschehen, um den Unfug der Verwendung solcher schädlichen und irreführenden Lehrbücher im Unterricht des Deutschen und der Geschichte ein Ende zu machen?

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß es sich nicht um eine Neuausgabe, sondern lediglich um einen Neudruck handle. (Große Unruhe und Zurufe bei den Soz.)

Es folgt die am Montag zurückgestellte **namentliche Abstimmung** über den Antrag, betreffend die **Erhöhung der Dienstaufwandentschädigungen der Generalsuperintendenten usw.** und die **Erhöhung der Besoldung für katholische Geistliche. Der Antrag wird mit 210 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 131 der sozialistischen Stimmen angenommen.** (Pfui-Rufe links. — Beifall rechts. — Abg. **Schulz**-Neukölln (Komm). ruft: Schamlose Gesellen! und erhält einen Ordnungsruf.) — Es folgt die Beratung des Antrages **Kloft** (Zentr.) über den Entwurf eines Gesetzes betreffend der **Erhebung von Nachtragsumlagen** durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Entwurf berechtigt die Gemeinden, für das Rechnungsjahr 1920 auch nach dem 1. April 1921 Nachtragsumlagen zu beschließen und zu erheben.

Der Entwurf geht nach Begründung und kurzer Aussprache, an der sich die Abg. **Haas** (Soz.), **Dr. Weyl** (U. Soz.) und **Dr. Leidig** (D. Vp.) beteiligten, **an den Gemeindeausschuß.**

Die Vorgänge in Oberschlesien

Es folgt die Beratung der **großen Anfrage der Sozialdemokraten,** in der das Staatsministerium befragt wird, was es zu tun gedenkt, um kriegerische Verwicklungen zu verhüten und um Leben und Gesundheit der von den polnischen Insurgenten schwer bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien zu schützen.

In Verbindung damit wird beraten ein kommunistischer Antrag auf **Rückgängigmachung der eingeleiteten militärischen Maßnahmen** und ein Antrag der bürgerlichen Parteien, daß die Regierung beim Reich dahin wirkt, daß die **interalliierten Mächte ihre Verpflichtung,** in Oberschlesien Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten, erfüllen, und durch baldige Zuerkennung Oberschlesiens an Deutschland der unhaltbaren Lage ein Ende bereiten.

Abg. **Braun** (Soz.): **In diesem Augenblick rollen die Würfel** über das Schicksal ganz Deutschlands. Oberschlesiens Schicksal scheint nur ein kleiner Ausschnitt aus dem gewaltigen Drama zu sein. Nach der Abstimmung vom 20. März, bei der die klare Wahrheit für Deutschland entschieden hat, konnte man hoffen, daß die Leiden der oberschlesischen Bevölkerung unter dem polnischen Terror ihr Ende finden würden. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Mit Hilfe der polnischen Regierung haben Banden die Gewalt an sich gerissen, Korfanty hat sich selbständig gemacht und regiert Oberschlesien auf seine polnische Art. Die deutsche Bevölkerung ist schutzlos den Auswirkungen des Bandenimperialismus ausgeliefert. Die Macht Deutschlands in Oberschlesien ist durch den Friedensvertrag ausgeschaltet und an die Interalliierte Kommission übergegangen. **Es ist dieser Kommission nicht gelungen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, weil die polenfreundlichen Franzosen den Ausschlag geben.** Die Franzosen wollten ja ursprünglich Oberschlesien ohne Abstimmung den Polen ausliefern, sie haben zweifellos die Vorbereitungen zum Aufstand in weitgehendem Maße geduldet. Auch nach dem Ausbruch des Aufstandes hat die Kommission ihre Pflicht nicht erfüllt, sonst hätte der Aufstand keinen derartigen Umfang annehmen können. Die Italiener hingegen haben ihre Aufgabe ernst genommen und ihre Pflicht erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Wir begreifen es, daß angesichts dieser Lage **der Gedanke der Selbsthilfe bei den Deutschen an Boden gewinnt.** Wir müssen aber dringend warnen vor Unbesonnenheiten, die keine Hilfe bringen, wohl aber für das ganze Land die verhängnisvollsten Folgen haben können. Wir unterschreiben völlig die Worte, die der Reichskanzler im Reichstage darüber gesprochen hat. Leider muß festgestellt werden, daß die Extreme von links und rechts an dem nationalistischen polnischen Feuer in Oberschlesien ihr Süppchen kochen wollen. (Lebhafter Beifall. — Widerspruch b. d. Komm.) Die Kommunisten schüren das Feuer und rufen die Arbeiter auf zum Kampf für das ewige Allheilmittel: Die Räterepublik. **Eine Räterepublik mit Korfanty an der Spitze!** (Heiterkeit.) **Die Desperados auf der äußersten Rechten wollen den Knoten mit dem Schwert durchhauen und einen frischfröhlichen Krieg beginnen.** Beiden Methoden stellen wir uns mit allem Nachdruck entgegen. Die Regierung muß alle Schritte verhindern, die das Land in neue **verderbliche Kriegsabenteuer** stürzen können. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Schulz**-Neukölln (Komm.): Es ist ein grober Unfug, uns mit den Deutschnationalen zu vergleichen. Wir stehen zu den Deutschnationalen in dem extremsten Gegensatz, aber alles, was zwischen Kommunisten und Deutschnationalen liegt, ist nur ein großer Brei. **In Wahrheit handelt es sich um einen sozialen Kampf des oberschlesischen Proletariats.** Der erste Feind des oberschlesischen Proletariats ist allerdings das deutsche Unternehmertum. (Aha-Rufe.) Auch das ländliche Proletariat und die Kleinbauern mußten in den sozialen Kampf eintreten, da die Großgrundbesitzer eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beabsichtigten und außerdem einen unerhörten Pachtwucher treiben. (Als Redner erneut von **Abstimmungsschwindel** spricht, rügt Vizepräsident von Kries diesen Ausdruck — als der Redner sich weiter langatmig über **die Haltung der Rechtssozialisten, der Unabhängigen** und der **Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale** ausläßt, ertönen stürmische Schlußrufe: „Zur Sache! Gehört das zu Oberschlesien?") **Polen und Deutsche müssen politische Räte wählen.**

Abg. **Dr. Porsch** (Zentr.): Die Interalliierte Kommission ist verpflichtet, für Recht und Ruhe in Oberschlesien zu sorgen. Schon der Abg. **Braun** hat darauf hingewiesen, daß die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten **Briand,** wonach deutsche Zeitungsmeldungen über Oberschlesien den Aufstand hervorgerufen haben sollen, nicht stimmt. Es gibt einen schlüssigen Gegenbeweis gegen Briand und der besteht darin, daß die Alarmnachrichten der „Oberschlesischen Grenzzeitung", die sich auf Berliner Blätter zu stützen vorgaben, nicht richtig sind. — Das Selbstbestimmungsrecht wird in Oberschlesien mit Füßen getreten.

Minister des Innern **Dr. Dominicus:** Für die wichtigsten Punkte der Anträge ist das Reich zuständig und die Staatsregierung will nicht die Kreise der Reichsregierung stören. Trotzdem aber kann ich versichern, **daß in der oberschlesischen Angelegenheit wir von Anfang mit der Reichsregierung zusammengearbeitet haben.**

Wir stellen fest, daß unter den Augen der Interalliierten Kommission wohlbewaffnete Banden Oberschlesien besetzt und eine polnische Verwaltung eingerichtet haben, obwohl Oberschlesien ein Teil des Deutschen Reiches ist und die Abstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben hat. Die Interalliierte Kommission ist verpflichtet, für Ruhe und Sicherheit in Oberschlesien zu sorgen. Unwillkürlich muß man fragen, was wohl eingetreten wäre, wenn deutsche Freischaren in Oberschlesien eingerückt wären. Noch ist in Oberschlesien ein Ruhepunkt nicht erreicht. Der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kandrzin ist von den Polen erobert. Zum ersten Male ist hier die Verwendung von Artillerie festgestellt worden. In den Abendblättern finden sich Nachrichten — allerdings noch unkontrollierte —, die schlimm genug lauten. **So sollen beim Grenzgefecht die Italiener 30 Tote, 40 Verwundete und 15 Gefangene gehabt haben.** Auch ich muß im Namen der Staatsregierung Dank und Anerkennung für die italienischen Truppen aussprechen, die in Oberschlesien soviel Tapferkeit, Ritterlichkeit und Pflichttreue an den Tag gelegt haben. (Bravo und stürmischer langanhaltender Beifall im ganzen Hause.) Gegenüber dem kommunistischen Gegner möchte ich betonen, daß niemand in der Regierung daran denkt, einen neuen imperialistischen Krieg anzufangen. **Doch können wir auch den Polen keinen Freibrief geben für weitere Unternehmungen.** Hilfe wird der oberschlesischen Bevölkerung unter allen Umständen so weit als möglich zuteil werden. Vor allem ist eins festzustellen, der feste Zusammenhalt der deutschen Masse von rechts bis links. Das darf uns mit Hoffnung erfüllen. Die Bevölkerung Oberschlesiens hat das sichere Gefühl von der Ueberlegenheit der deutschen Kultur. (Lärm b. d. Komm.)

Der Abg. **Siering** (Soz.) stellt den Antrag auf **Eröffnung der Aussprache.** Der Antrag wird angenommen.

Abg. **von Lindeiner-Wildau** (Dnatl.): Die Ausführungen des Abg. Schulz könnten auch von Korfanty gesprochen sein. Wenn diese Ausführungen außerhalb des Hauses erfolgten, dann müßte man die Frage aufwerfen, ob hier nicht Hochverrat vorliegt. (Unruhe b. d. Komm.) Unsere jetzige geschäftsführende Regierung scheint leider für die Oberschlesier nicht immer Zeit zu haben. Sie empfinden tiefen Schmerz, daß Deutschland den Oberschlesiern nicht selbst helfen kann, aber es rächt sich jetzt die Leichtfertigkeit, das Schwert aus der Hand zu legen, ehe Deutschlands Geschick entschieden war. (Beifall rechts.)

Abg. **Müller**-Breslau (Soz.): Es muß gesagt werden, daß es die alte reaktionäre Politik ist, die Politik des Ostmarkenvereins gewesen ist, die eine polnisch-nationale Bewegung in diesem gut deutschen Lande erst geschaffen und uns in die jetzigen Verhältnisse hineingeführt hat. Wenn jetzt der Ostmarkenverein wieder laut von sich reden macht, so muß betont werden, daß der deutschen Sache nichts verderblicher ist, als wenn diese Herren jetzt wieder das Wort nehmen. Wenn die „Rote Fahne" von kommunistischen Maßnahmen der oberschlesischen Arbeiter schreibt, so kann das nicht ernst genommen werden. **Der kommunistische Abgeordnete Ziegler hat wir oft bestätigt, daß es in Oberschlesien**

so gut wie gar keine kommunistische Bewegung

mehr gibt. Wir hoffen, daß der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien ihr Recht wird, und betonen dabei auf das Nachdrücklichste, **daß ein neuer Krieg unter allen Umständen vermieden werden muß.** (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Rabold (U. S. P. D.):

Was in Oberschlesien vor sich geht, ist eine **Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.** Die oberschlesische Arbeiterschaft hat sich für die deutsche Kultur entschieden, allerdings nicht für die Kultur im Sinne Hörsings und der Orgesch, die mit ihren Freikorps und ihrer nationalistischen Propaganda viel verdorben haben. Die Nationalisten sind jetzt wieder groß im Lügen. Der Regierungspräsident, der den Minister angelogen hat, muß von seinem Posten verschwinden, ebenso gewisse Regierungspräsidenten und Landräte, die schon wieder im Begriff sind,

Grenzschutzformationen aufzustellen

und einen neuen Krieg vorzubereiten. Die Deutschnationalen haben uns einmal zu einem imperialistischen Kriege gezwungen, das zweitemal wird es ihnen nicht gelingen. Die Freiwilligen, die nach Aufforderung der Interalliierten Kommission in die Abstimmungspolizei eingestellt werden sollen, sind zum größten Teil keine geborenen Oberschlesier, sondern Roßbachbanditen. Von ihnen versieht sich die Arbeiterschaft nichts Gutes und wird sich gegen sie wehren. All diese nationalistischen Maßnahmen

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Millionenfach bewährt.
Schachtel M. 1.-
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

In der Morgenstunde

Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, in allen Größen . . . . . M.	24.00	**Herren-Oberhemden** Perkalstoff, in neuesten Mustern, mit Klappmanschetten	72.00
Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, mit modernem Perkaleinsatz, in allen Größen . . . M.	27.00	**Herrenhemden** sehr gutes Trikotgewebe, mit modernem Perkaleinsatz, in allen Größen . . . . . M.	32.00
Herrenhemden makofarbig, garantiert zweifädig, besonders haltbar . . . . . M.	25.00	**Herrensocken** grau, haltbare Qualität . . . . . M.	3.25
Herrenbeinkleider makofarbig, garantiert zweifädig, besonders haltbar . . . . . M.	19.00	**Herrensocken** schwere, haltbare Qualität . . . . . M.	4.50
Herrenbeinkleider grau M.	5.00	**Herrensocken** makofarbig, sehr gute Qualität . . . . . M.	4.50
Herrenbeinkleider Vigog. in sehr guter Qualität, mit Leibüberschlag, in allen Größen, M.	15.00	**Herrenstoff** 140 cm breit, gutes Fabrikat, das Meter . . . . . M.	25.00
Herren-Ulster gute Stoffe, in verschiedenen praktischen Farben . . . . . von M.	66.00 an	**Netzhemden** für Herren, gute Qual., in allen Größen, M.	9.75
Herrenbuckskinhosen in modernen Streifen . . . . . M.	48.00	**Herren-Hüte** weicher Filz, moderne Farben . . . . . M.	27.00
Jüngl.-Buckskinhosen schöne Streifen . . . . . M.	43.00	**Damen-Strümpfe** . . . . M.	5.50
Damenschlupfhosen in schönen Farben, gute Qual., M.	15.00	**Kinder-Hemdhosen** Vigog. in sehr gut. Qual., kleinste Gr., M.	10.00

Der billige Stoffverkauf an Schneider und Händler erfolgt vor dem Pfingstfest nur in der Morgenstunde.

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30

Französischer Blequit - Dubouché-, Autain-, Derby-
Cognac
Weinbrand-Verschnitt . . . . . mit Flasche 42.50
Deutscher Weinbrand . . . . . mit Flasche 48.50
17er Burgunder Beaujolais ohne Steuer, Flasche 18.50
Schwer, süsser **stärkender Malaga** ohne Steuer Flasche 24.75
Maitrank Fl. ohne St. 7.75
würzige Frucht-Wein-Bowle
Bowlenwein ◇ Obstschaumwein
Weißwein
empfehlenswert schon von 10.— an ohne Steuer.
Versand auch literweise in Ballons, Fässern und Waggons.
Für Wiederverkäufer besondere Preisliste.
J. F. Rauch Engros: Dorotheenstr. 34, Nord. 8214, Potsdamer Str. 54, Hofrecht. Frankfurt a. Oder, Wilhelm 1549 u. L. v. d. Alt, Weinbrennerei, Friedrichstadt. 11, Nr. Frankfurt, 112, Schönh. Allee 178, Brunnenstr. 174, Ecke Arn.

Trauringe
zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Dukaten-Trauring, 900 gestempelt 75 Mk.,
1 Trauring . . . . . 585 „ 65 „
1 Trauring . . . . . 333 „ 30 „
Wir fabrizieren nur massive Trauringe ohne Lötfuge.
Trauringfabrik **H. Schneider & Sohn,**
Brunnenstraße 41.
Kontor und Verkaufsräume vorn 1 Treppe.

Kein Streik
da Lohnforderungen bewilligt!
Wir reinigen und färben in 3 bis 5 Tagen
Expressachen in 24 Stunden
Dampf-Färberei „Nord-West"
Gatz Gebrüder
chem. Waschanstalt :: Kunststopferei
Fabrik, Kontor und Expedition
Berlin NW 87 / Fernspr. Hansa 1075 / Alt-Moabit 60
2. Geschäft: Getzkowskistr. 13, 3. Schönhauser Allee 176, 4. Steglitz, Mittelstr. 40 u. 5. Charlottenburg, Suarezstr.
Annahmestellen in allen Stadtteilen

Anzüge
400 Mark
Covercoats, Reglans, Cutaways, Hosen
Verkauf zu enorm billigen Preisen
Keine Lombardware
Leihhaus Friedrich-Strasse Nr. 2
Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

BOTENFRAUEN
stellt sofort ein
Hauptexp. der „Freiheit"
Breite Straße 8-9

Wichtig für jeden Steuerpflichtigen
Das neue Reichseinkommensteuergesetz
mit Einleitung und Erläuterungen, Musterberechnungen, Sachregister, Einkommensteuer-Tabelle
für
Arbeiter, Angestellte u. Gewerbetreibende
Von **Eugen Prager** / Preis 4.00 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2 / Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit"

müssen von der Regierung **rückgängig** gemacht werden und wir werden deshalb für den kommunistischen Antrag stimmen. Es liegt gewiß im Interesse der Arbeiterschaft, **daß Oberschlesien deutsch bleibt**, aber das Problem läßt sich nicht durch nationale Verhetzung, sondern

nur durch internationale Verständigung

lösen. Die deutschnationalen Blätter schildern die schwarze Schmach im Rheinland, aber sie haben nicht den Mut, das Ultimatum anzunehmen, um die Besetzung des Ruhrgebietes durch schwarze Truppen zu verhindern. **Ich würde mich lieber von Schwarzen beherrschen lassen, als von Leuten wie Marloh und Kessel.** (Großer Lärm rechts.) Nur die internationale Verständigung auf dem Boden des Sozialismus kann die ganze unhaltbare Lage, die durch den Versailler Friedensvertrag geschaffen ist, im Sinne des europäischen Wiederaufbaues lösen. (Lebhafter Beifall b. d. U. S.)

Die Aussprache wird abgebrochen. — Das Haus vertagt sich auf **Mittwoch** 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Debatte, Antrag **Siering** (Soz.) über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen. Rest von heute.

Das Existenzminimum im April

Von **Dr. R. Kudzynski**,
Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im April 1921 **niedriger** als in jedem Monat seit März 1920. Billiger als im April 1920 waren vor allem Reis, Hülsenfrüchte, Fette, Schuhwerk und Kleider, **teurer** vor allem Brot, Kartoffeln, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise selbstverständlich nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete zehnmal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine zwölfmal soviel, Briketts 15mal soviel, Zucker 16mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von April 1914 bis April 1921 im ganzen eine **Verteuerung auf das Dreizehnfache**. In den vier Wochen vom 4. April bis zum 1. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis April 1921 Pf.	Preis April 1914 Pf.
8800 Gramm Brot	2151	213
800 „ Weizenmehl	580	32
125 „ Butter	640	34
700 „ Zucker	532	32
Zusammen	3903	311

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 39,03 Mark zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 3,11 Mark kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6850 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6850 = 4350 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der **wöchentliche Mindestbedarf** für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 21 M., für eine Frau auf 34 M., für einen Mann auf 46 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im April 1914 für ein Kind 1,80 M., für eine Frau 2,89 M., für einen Mann 3,71 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis April 1921 Pf.	Preis April 1914 Pf.
Rationierte Nahrungsmittel	976	78
3000 Gramm Kartoffeln	330	15
250 „ Speisebohnen	110	11
250 „ Büchsenfleisch	400	56
125 „ Margarine	240	20
Zus. für ein 6—10jähr. Kind	2056	180
1500 Gramm Kartoffeln	165	8
250 „ Graupen	140	10
250 „ Haferflocken	150	13
1250 „ Gemüse	250	18
125 „ Speisebohnen	55	5
250 „ Erbsen	125	10
125 „ Margarine	240	20
500 „ Salzheringe	215	25
Zusammen für eine Frau	3396	289
250 Gramm Erbsen	125	10
125 „ Speck	300	22
125 „ Margarine	240	20
500 „ Reis	370	22
125 „ Marmelade	120	8
Zusammen für einen Mann	4531	371

Rechnet man für den Mindestbedarf an **Wohnung** den Preis von Stube und Küche, für **Heizung** 1 Zentner Briketts und für **Beleuchtung** 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 16,90 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 6,60 M. (0,75 M.).

Für **Bekleidung**, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 M. (2,50 M.), Frau 18 M. (1,65 M.), Kind 9 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen. (Der Zuschlag ist gegenüber den Vormonaten, mit Rücksicht auf die Ermäßigung der Einkommensteuer, von 33⅓ auf 30 Proz. herabgesetzt worden.)

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	46	79	121
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	23	23	23
Bekleidung	27	45	63
Sonstiges	32	48	65
April 1921	137	204	281
März 1921	141	218	298
April 1920	186	279	375
August 13/Juli 14	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate des Jahres 1920 vgl. mein Buch „Das Existenzminimum und verwandte Fragen", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W 15, S. 123—126.)

Auf den **Arbeitstag** umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im April 1921 für einen alleinstehenden Mann 23 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 34 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 47 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7100 Mk., für das kinderlose Ehepaar 10 650 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 14 650 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum April 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 137 Mk., d. h. auf das 8,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 204 Mk., d. h. auf das 9,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 281 Mk., d. h. auf das 9,8fache. **An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 12 Pf. wert.**

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 18 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: **Die Gefahren der Stunde** von Rud. Breitscheid; **Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen** von Karl Heinz; **Die soziale Gleichheit im kommunistischen Rußland** von D. Dalin; **Die französischen Kommunisten** von G. M. Serrati; **Das Schwingen des Pendels** von Pierre Renaudel; Notizen.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1,50 M., zu beziehen.

Vereinskalender

Donnerstag, 12. Mai

Deutscher Werkmeister-Verband, Fachgruppe 30 (Auto- und Karosseriebau). Abends 7 Uhr Versammlung im Schultheiß, Jakobstraße. Erscheinen jedes einzelnen ist Pflicht. Vortrag von Herrn Müller-Neuhaus.

Republikanischer Führer-Bund, Arbeitsgemeinschaft „Süd". (Ehem. Bezirke 8, 19, 20, 21, 24 u. 25.) Jetzige Ortsgruppen Berlin-Mitte, Berlin-Hallesches Tor, Neukölln und Tempelhof. Abends 7 Uhr in den Oranien-Festsälen, Oranienstr. 180, Versammlung, Vortrag usw.

Deutscher Musiker-Verband (Gruppe der Ensemble-Musiker). Vorm. 10½ Uhr pünktlich Versammlung aller Musiker im Kaffeehausgewerbe. Tagesordnung: Die Lage im Kaffeehausgewerbe. Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Friseure. Abends 8 Uhr Versammlung, Engelufer 15.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche: Einkassierer, Kassenboten, Bureaudiener usw. Vertrauenspersonen! Abends ½7 Uhr im Lokal von Müller, Stralauer Str. 53, Vertrauensmännerversammlung. — **Chemische Branche (Gruppe Oele, Fette und Petroleum).** Abends 7 Uhr findet im Lokal von Prasser, Michaelkirchstr. 29, unsere Gruppenversammlung statt. — **Speditionsbranche.** Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute. Abends 6 Uhr bei Boeler, Weberstr. 17, Vollversammlung. — **Branche der Fensterputzer, Teppichreiniger.** Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute. Nachm. 4 Uhr bei Nadtke, Neue Jakob-, Ecke Inselstraße, Versammlung. — **Speditionsbranche.** Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute. Abends 6 Uhr bei Boeler, Weberstr. 17, Versammlung.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: **Leo Lieblich**, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: **Gerhard Seger**, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: **Ludwig Komerinek**, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8/9.

In den nächsten Tagen erscheint:

Gg. Engelbert Graf

Stammt der Mensch vom Affen ab?

Preis 4.— Mark

Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8—9.

Billige Angebote für Pfingsten!

Herren-Anzüge 3teil., gute Verarbeitung, gefüttert ... Serie I M. **175.00**
Herren-Anzüge 3teil., sehr haltbar ... Serie II M. **185.00**
Herren-Anzüge 3teil., gute Stoffe ... Serie III M. **375.00**
Burschen-Anzüge in allen Grössen ... M. **175.00**
Jackett u. Weste marengo vorzügliche Stoffe, gestreifte Hose. M. **290.00**
Ein Posten **Herren-Anzug-Stoffe** hervorr. Qual., sehr preiswert
Knaben-Wasch-Anzüge 1—12, von **36.50** an

Damen-Kostüme Serie I ... M. **80.00**
Damen-Kostüme Serie II ... M. **165.00**
Damen-Kostüme Serie III ... M. **250.00**
Damen-Kostüme Serie IV, mod. Form, auf Halbseide M. **338.00**
Damen-Kostüme hell. Farb., neuest. Schnitt m. halbs. Futt. M. **375.00**
Damen-Mäntel von ... **160.00** an
Musselin-Blusen reine Wolle ... M. **37.50**
Tennis-Flan.-Blusen Mark ... **32.00**

Hemdentuche und Nessel 7.75 9.85 11.95 **Züchen und Couvertures 14.50**
Ganz besonders preiswert **Leinen-Schuhe 33.50 38.00** **Herren-Stiefel 68.50**

Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Zentrale: **Kommandanten-Strasse 80-81** geöffnet 9—6

2. Verkaufsstelle: **Warschauer Straße 33** geöffnet 9—7
3. Verkaufsstelle: **Frankfurter Allee 82** geöffnet 9—7
4. Verkaufsstelle: **Steglitz, Albrechtstr. 86** geöffnet 9—6

Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städtischen Blinden-Anstalt
Besen und Bürstenwaren hergestellt aus bestem Rohmaterial
Verkauf zu Original-Preisen

Pelz-Haus abuco
Leipziger Straße 58
Zahlungs-Erleichterung

Gardinen.
Preiswerte Angebote in Schalgardinen, sowie hochelegante Künstlergardinen, jedem Geschmack entsprechend, Fenster, breitrillig 48, 65, 90 bis 250 M. Stores 48, 58, 75 bis 195 M. Bettdecken 38, 58, 65 bis 325 M. Gardinenstoffe, Meter 7 bis 20 M. Madras-Gardinen, Leinenportieren, Tischdecken, Divandecken usw. konkurrenzlos billig. Leser dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt. Wipniger, Wichertstr. 73, 1 Tr. (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee, Fahrvergüg.

Schlafzimmer
eichenes, komplett 3850,—, weißes, 3000,—, Herrenzimmer, rundgebaute Bibliothek 4000,—, Speisezimmer, sehr gute Ausführung 4500,—, nußbaum Standuhren 1200,— Mark.
Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert
Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

Frackverleihinstitut, Friedrichstr. 122/123. Frack, Smoking, Gehrockanzüge. Elegante moderne Sachen. Mäßige Preise.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Endlich Monats-Anzüge!
Cowerthoats, Raglans, Cutaways, Hosen teils auf Seide
Verkauf zu enorm billigen Preisen
Keine Lombardware
Leihhaus Brunnenstr. 5
Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig Boxhagenerstraße 1

Höchste
Beleihung jed. Wertsache
Leihhaus Brunnenstr. 5
Ankauf u. Verkauf

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig.
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 2589).

Soeben erschienen:
Handbuch für Betriebsräte
Von Rudolf Weck, Arbeitersekretär
15.— Mark, gebunden **20.— Mark**
Für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen
10.— Mark, gebunden 15.— Mark
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Augen auf!!
Platin, Gold, Silber, Münze, Ketten, goldene Uhren kauft Uhrmacher zu reellen Tagespreisen
Neukölln, Bergstr. 140
Eingang Goethestr. im Laden. Täglich von 6—7 Uhr.
Vorzeiger dieser erhält 3.— Mk. beim Verkauf.
Straßenbahnlinien 47, 48, 22, 46. 5 Minuten vom Ringbahnhof Neukölln 7, 15, 53, 10.

Kupfer, Messing
Blei, Zink usw.
Eisen, jeden Posten.
Metallhandlg. Pankstr. 43
Nähe Badstraße.

Gold **PLATIN** Silber
Bruch
alte Gebisse, Brennstifte, Kontakte usw.
Infolge erstkl. Verbindung kann ich — wie 1919/20 — erstklassige Preise zahlen! — Stufenweise Fahrgeldvergütung.
Berlin S., Stallschreiberstraße 17 pt., Ecke Alexandrinenstraße
VOGLER

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Electro-Install.-Material kauft
Gebrüder, Bernauer Str. 101,
Fehrbellerstr. 51.

Schellack
kaufen höchst zahlend Gebrüder Borowski, Greifenstraße 5, Rollendorf 2379

Altmetalle
verkauft man nur
Badstr. 34 im Hof

Dr. med. Meyenberg
G. m. b. H.,
an der Potsdamer Brücke, Potsdamer Straße 27 b
Neuartige Behandlung aller Geschlechtsleiden und Frauenleiden n. 14 D. R. Patenten bei. i. veralteten Fällen. Verjüngung. Fäden im Urin, schmerzlos u. bei gewohnter Lebensführung. Blutuntersuchung, Salvarsan. Das Buch: Sichere Heilung der Syphilis 10.— M. Universalbehandlung der Frau 2.— M. Prospekt kostenlos. Damenzimmer. 11—1. 5—7. Sonnt. 11—1.

Billig. Brennholz
bester Kohlenersatz
alte Gewehrkolben aus Buche, Birke, Esche etc.
Mk. 16.— pr. Zentner
Mk. 18.— frei Haus
verkauft
Lübeck, Lichtenberg, Hauptstraße 3 Tel.: Lbg. 1304